

Die Zeitung erscheint
jeden Woche Sonnabends.
Preis einschließlich Porto
für den Postbezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postverzeichnisse Nr. 6462.

Der Proletarier

Anzeigenpreis
50 Pf. für die 3gepalt.
Zeitspalt.
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Drey.
Druck von C. H. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 51.

Agrarproblem und Reallohn.

Jedem intelligenten Arbeiter ist der Unterschied zwischen dem Nominal- und Reallohn geläufig. Die Höhe des Nominallohnes ist für seinen Lebensstandard nicht das Entscheidende, sondern allein die Kaufkraft des Geldes. Durch die ständige Aktivität der Gewerkschaften, die — zum Segen der Gesamtwirtschaft — seit der Stabilisierung, Lohnerhöhungen von mehr als fünf Milliarden Mark einbrachte, ist der Reallohn gegenüber 1924 gestiegen, wenn auch der Reallohn der Vorkriegszeit noch nicht erreicht ist. Jeder Gewerkschaftler weiß auch, daß der Reallohn ein gewerkschaftlicher plus politischer Lohn ist. Erfahren z. B. Lohnsteuer, Zölle und Miete durch Parlamentsbeschlüsse eine Erhöhung oder Senkung, so ist das, gleichbleibende Löhne vorausgesetzt, gleichbedeutend mit einem Steigen oder Fallen des Reallohnes. Hier ist die politische Machtverteilung entscheidend. Im folgenden soll nun von einem Faktor die Rede sein, dessen Bedeutung in bezug auf die Beeinflussung des Reallohnes bisher viel zu wenig Beachtung fand. Es handelt sich um das Agrarproblem in seiner absoluten Ganzheit.

Die deutsche Agrarfrage ist nicht das Agrarproblem. Wir müssen unseren Blick auf Europa und die übrige Welt richten. Vergewärtigen wir uns einmal die Entwicklung der Dinge seit etwa 1870. Die Gesamtbevölkerung der neun nordwesteuropäischen Länder England, Frankreich, Deutschland, Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland und Belgien, die in ihrer Gesamtheit für die europäische Gesamtentwicklung charakteristisch sind, stieg im dem Zeitraum von 1871 bis 1911 von 119 auf 168,2 Millionen, d. h. um circa 50 Prozent. Die Landbevölkerung ging gleichzeitig von 70,3 auf 68,3 Millionen zurück, dagegen stieg die Stadtbevölkerung von 48,7 auf 99,9 Millionen an. Das hervorstechendste Merkmal der europäischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in diesen 40 Jahren ist also eine Verdoppelung der in der Industrie tätigen Bevölkerung bei gleichbleibender Bevölkerung in der Landwirtschaft. Während nun in demselben Zeitraum die Industrieproduktion sich vervierfachte, stieg die europäische Agrarerzeugung nach einer Untersuchung von Dr. Waade nur um 80 bis 40 Prozent. Die ständig anwachsende Bevölkerung wollte aber leben. Die Industrieerzeugnisse mußten abgesetzt werden. Doch die Landbevölkerung vermochte den Überschuss nicht aufzunehmen, und sie war ihrerseits immer weniger imstande, die sich stark mehrende Stadtbevölkerung zu ernähren. Es ist undenkbar, daß ein auf sich selbst gestelltes Europa diese Entwicklung hätte nehmen können. Dabei wäre es auf die ehernen Schranken des Nahrungsmittelspielraumes gestoßen. Das Preisverhältnis zwischen Industrie- und Agrarprodukten hätte sich aufs äußerste verzerrt. Jeder wirtschaftliche Aufstieg der breiten Masse, jede Steigerung der Reallohne wäre schon damals durch eine chronische Arbeitslosigkeit und Lebensmittelfeuerung verhindert worden. Das Gegenteil trifft jedoch auf das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zu. Die Nominallohne stiegen, und die Reallohne noch rascher als die Geldlohne, da die Preise für Agrarprodukte nicht stiegen, sondern zurückgingen. Es liegt auf der Hand, daß Europa diesen Aufschwung nur nehmen konnte, weil an einem anderen Punkte der Erde genau die entgegengesetzte Entwicklung vor sich ging, nämlich ein starkes Vorausrücken der Agrarproduktion vor der industriellen in Nordamerika. Die sich überstürzende Erschließung der nordamerikanischen Steppe erweiterte plötzlich den Nahrungsmittelspielraum der Erdbevölkerung ganz gewaltig. Europa wurde von dorthin nicht nur in weitestem Umfange mit Arbeit versorgt, sondern auch mit billigen Agrarprodukten auf Jahrzehnte hinaus überschüttet. Die Vervollkommnung der Verkehrsmittel sowie die Produzierung auf sehr fruchtbarem Boden und durchgängig ohne Ballast hoher Landpreise machten das möglich. So kam es, daß trotz stärkstem Bevölkerungszuwachs und starker Industrialisierung, trotz steigender Löhne und Ernährungsansprüche die Agrarpreise von 1870 bis 1900 eine rückläufige Tendenz aufwiesen. Die folgende Zusammenstellung des Hamburger handelsstatistischen Bureaus bringt diese rückläufige Kreisbewegung jener Zeit in ihrer vollen Stärke zum Ausdruck:

Jahre	Weizen Mark pro Tonne	Roggen im fünfjährigen Durchschnitt	Gerste	Hafer
1871—1875	244,60	162,70	164,40	157,90
1876—1880	209,70	168,80	140,90	156,50
1881—1885	180,20	138,30	121,80	135,40
1886—1890	147,30	112,40	101,50	111,10
1891—1895	134,50	124,30	97,40	117,60
1896—1900	136,00	103,80	92,90	110,90

Damit ging logischerweise ein Ansteigen der Reallohne Hand in Hand.

Um die Jahrhundertwende tritt nun ein grundlegender Umschwung ein. Europas Industrialisierung findet kein volles Äquivalent mehr in einer entsprechenden Steigerung der überseeischen Agrarproduktion, da bereits nach den dreißiger Jahren die Reserven an wirklich erschließbaren, klimatisch und verkehrsmäßig günstig gelegenen Böden in den Vereinigten Staaten langsam zur Neige gingen. Vor allem aber erfordert die rasche Industrialisierung und der rasche Bevölkerungszuwachs in U. S. A. einen immer größeren Anteil

der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Ausfuhr Nordamerikas an agrarischen Produkten sinkt denn auch innerhalb 14 Jahren noch schneller zusammen, als sie von 1870 bis 1900 angewachsen war. In diesem Zeitraum wuchs die Netto-Ausfuhr der wichtigsten Feldfrüchte nach Europa von 50 auf 420 Millionen Bushel (etwa 10,5 Millionen Tonnen) an, um dann bis zum Jahre 1914 in steiler Kurve auf 120 Millionen Bushel abzusinken. Das gleiche Bild bietet die Ausfuhr der Produkte aus Rind und Schwein. Zwar trat allmählich Argentinien und Rußland auf dem europäischen Produktenmarkt an die Stelle Nordamerikas. Aber das Bild hatte sich doch grundlegend gewandelt. Jene explosionsartige, sich überstürzende Ausdehnungstendenz der Lebensmittelerzeugung, wie sie seinerzeit in Nordamerika vor sich ging, fehlte nunmehr. Das Tempo der Bevölkerungszunahme in der alten und neuen Welt überholte das Tempo der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung. Die etwa dreißig Jahre andauernde Periode sinkender Agrarpreise kommt zum Abschluß. Eine Gegen Tendenz — stets ansteigende Getreide- und Fleischpreise — macht sich seit der Jahrhundertwende immer stärker bemerkbar und führte stellenweise zu einer ausgesprochenen Teuerung. Stieg doch der Preis für die Tonne Weizen, Roggen, Gerste und Hafer (in gleicher Reihenfolge) wieder von 136,00, 103,80, 92,90 und

losigkeit hineingerät. Von einem Jahr zum anderen ist es deutlicher geworden, wie stark die Entwicklung des Massenwohlstandes von dieser Seite her unter Druck steht. Bedeutend für die Landwirtschaft der Anbruch dieser Entwicklung um 1900 das Ende der großen Weltagrarkrise, so für die Arbeiterschaft der Anfang einer langwierigen Lohn- und Wohlstandskrise. Die Industriearbeiterschaft hat allen Anlaß, sich dieser ursächlichen Zusammenhänge voll bewußt zu werden, um aus dieser Erkenntnis die rechte Einstellung zur Agrarfrage zu gewinnen. Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie, das sich mit diesen Gedankengängen auch beschäftigt, gibt Ziel und Richtung an. Zum Glück liegen noch in jedem Lande Europas agrarische Produktionsreserven verborgen, die geeignet sind, dem reduzierenden Volkswohlstand neuen Antrieb zu geben. Es bedarf nur ihrer Erschließung durch die moderne Landbautechnik. Darum gilt es, alle technischen Neuerungen und agrarwissenschaftlichen Erkenntnisse so schnell wie möglich in den Millionen von bäuerlichen und größeren Betrieben zu verbreiten. H. Münch.

Vorübergehende Beschäftigung.

Die Unternehmerschaft geht systematisch dazu über, Arbeitnehmer nur noch für vorübergehende Beschäftigung einzustellen. Es werden in solchen Fällen in der Regel Arbeitsverträge für eine bestimmte Dauer (4, 5, 6 Wochen) abgeschlossen. Dieser Unfug wird von den Unternehmern so weit getrieben, daß in manchen Betrieben teilweise mehr als ein Drittel der gesamten Arbeiterschaft unter solchen Arbeitsverträgen arbeiten.

Endigt bei solchen Arbeitsverträgen durch Ablauf das Arbeitsverhältnis, dann wird ein neuer kurzfristiger Arbeitsvertrag zustandegebracht. Dieser Vorgang wiederholt sich recht häufig bis ins Unermessliche, so daß hieraus eine endlose Kette von kurzfristigen Arbeitsverträgen für den betreffenden Arbeitnehmer bei ein und demselben Unternehmer entsteht.

Welche rechtliche Konsequenz ergibt sich nun für die unter einem solchen Verträge Beschäftigten?

Gemäß § 620 BGB. endigt das Dienstverhältnis mit dem Ablaufe der Zeit, für die es eingegangen ist. Daraus ergibt sich, daß nach Ablauf der in einem solchen Verträge festgelegten Frist das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Kündigung aufhört. Es sind also alle Vorschriften, die eine Kündigung einschränken, ausgeschlossen. Diese Schlussfolgerungen wurden vom Reichsarbeitsgericht in seinem Urteil vom 7. März 1928 — RAO. 92/27 — auch für den Fall eines Schwerbeschädigten bekräftigt.

In solchen Fällen ist also das Einspruchsrecht der Arbeitnehmer, wie es z. B. der § 84 RAO. vorsieht, illusorisch, und es entfällt logischerweise auch die Entschädigung nach § 87 RAO.

Durch die kurzfristig abgeschlossenen Arbeitsverträge gehen den betreffenden Arbeitnehmern aber auch weitere Rechte, die durch längere Beschäftigungsdauer erworben werden können (Urlaub usw.), verloren.

Auf Grund solcher Arbeitsverträge ist der Unternehmer auch in der Lage, unliebsame Arbeiter (Gewerkschafter, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre) ohne Schwierigkeiten aus seinem Betriebe zu entfernen.

Es ist nun die Frage zu prüfen, ob der Abschluß von Arbeitsverträgen solcher Art rechtlich zulässig ist.

Im Schrifttum wie auch in der Rechtsprechung besteht Einmütigkeit darüber, daß sowohl Arbeitsverträge auf eine feste bestimmte Zeit, wie auch Probeverträge an sich durchaus zulässig sind (Landmann, Gewerbe-Ordnung, 6. Aufl., Bd. 1, Seite 438; Huek-Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, Bd. 1, S. 254; Hiller-Luppe, Gewerbe-Ordnung, 21. Auflage; Potthoff-Jadesohn, Rechtsprechung des Arbeitsrechts 1926, Nr. 1086, ebenda 1928, Nr. 1377). Aus dieser Zulässigkeit darf aber nicht geschlossen werden, daß nunmehr jeder solcher kurzfristigen Arbeitsverträge rechtmäßig ist.

Wie eingangs schon erwähnt, wird durch den kurzfristigen Arbeitsvertrag der Kündigungsschutz ausgeschaltet. Wenn nun der Unternehmer mit den Arbeitnehmern eine Kette von kurzfristigen Arbeitsverträgen abschließt, so also für vorübergehende Beschäftigung einstellt, obwohl sie mit Dauerarbeiten beschäftigt werden, oder das Arbeitsverhältnis öfter verlängert wird, dann liegt die Vermutung nahe, daß diese kurzfristigen Arbeitsverträge nur zum Zweck der Umgehung der Kündigungsschutz- und anderer sozialer Bestimmungen abgeschlossen werden.

Das Reichsarbeitsgericht sagt in der Begründung zum Urteil vom 19. Mai 1928 — RAO. 90/28:

Allerdings kann unter Umständen eine Umgehung des Kündigungsschutzgesetzes darin liegen, daß die Beteiligten an Stelle eines einheitlichen dauernden Dienstverhältnisses eine Kette fortgesetzter kurzfristig bestimmter Dienstverträge schließen. Eine solche Umgehung wäre unzulässig und würde dem Angestellten den

Die beiden Selben.

„Es ist doch sonderbar bestellt,
sprach Hänschen Schlaw zu Better Fräulein,
daß nur die Reichen in der Welt
das meiste Geld besitzen.“

Lessing.

110,90 auf 200 Mark im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914. Mit dieser Entwicklung beginnen in Europa die Wohlstandsverhältnisse der breiten Massen umzuschlagen. In England verwandelt sich die stötte Aufwärtsbewegung der Reallohne in einen Rückgang. In Deutschland stagnieren die Reallohne und stehen unter besonders schwerem Druck, seitdem durch den Bülow-Zolltarif von 1908 die Weltmarktförderung für Deutschland noch übersteigert wurde. Auch für die Gegenwart kann, da die Preisbremse höchstens bis November 1928 zungunsten der Landwirtschaft geöffnet war, an dem Vorausrücken der Agrarpreise vor den Industrieerzeugnissen nicht gezweifelt werden, wie Dr. Waade im Heft 10, 1927, der „Gesellschaft“ überzeugend darlegt. Preisvergleiche, die das Gegenteil zu besagen scheinen, beruhen auf der Benutzung unrichtig zusammengesetzter Indizes. Damit schwenkt die Entwicklung wieder in die alte Linie der schon seit der Jahrhundertwende steigenden Kaufkraft der Agrarerzeugnisse gegenüber den Industrieerzeugnissen ein.

Es wirft sich nun die schicksalschwere Frage auf, ob die veränderte weltwirtschaftliche Situation in der Zukunft die europäischen Reallohne noch mehr unter Druck setzen wird, oder ob es noch genügend agrarische Produktionsreserven gibt, die geeignet sind, diese Gefahr zu bannen.

In einer ausführlichen Denkschrift für die Weltwirtschaftskonferenz gibt Professor M. Sering eine Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten der Weltagrarproduktion. Bei dieser Arbeit stützte er sich auf Materialien und persönliche Mitarbeit aus den agrarwissenschaftlichen Instituten der ganzen Welt. Er kommt darin zu dem Ergebnis, daß zwar noch an vielen Punkten der Erde landwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Aber die Produktion kann hier nur unter der Voraussetzung hoher Preise in Angriff genommen werden, weil überall die ungeheure Weite fehlt, die seinerzeit Nordamerika bot, und weil noch sonstige produktionsverfeinernde Momente hinzutreten. Seien es Ent- oder Bewässerungsanlagen, schlechtere Böden, unangünstiges Klima oder abnorm lange Landwege, um die Ernten auf den Weltmarkt zu befördern. Die besten und dem Weltmarkt bestgelegenen Böden sind eben nach den Feststellungen Sering's besiedelt. Eine nachhaltige Preislenkung der Weltagrarprodukte wird also von der Erschließung dieser Möglichkeiten nicht ausgehen können. Hinzu kommt noch, daß die Industrialisierung in Übersee ständig Fortschritte macht. Die Bevölkerung wächst entsprechend in diesen Gebieten. So setzt sich die vorkriegszeitliche Entwicklung: Verlangsamung des Tempos in der Weltagrarproduktion, steigender Eigenverbrauch in den ahnereuropäischen Überschussgebieten und damit stagnierende, wenn nicht gar sinkende Nachfrage nach europäischen Industriewaren auch in der Gegenwart und Zukunft fort. Bedingen die ersten beiden Momente steigende Weltagrarpreise und Lebensmittelförderung, so das letztere andauernde starke Arbeitslosigkeit. Das wirtschaftliche Signum Europas wird auch künftighin Gedrücktheit sein. Die Gefahr besteht durchaus, daß es in eine Periode der Lebensmittelförderung, stagnierender Reallohne und chronischer Arbeits-

Kündigungsschutz aus § 2 Kündigungsschutzgesetz nicht zu entziehen vermögen.

Im Urteil vom 27. Juni 1928. — RVO. 55, 28 — bestätigt das Reichsarbeitsgericht die Rechtsauffassung vom 19. Mai 1928 gelegentlich der Entscheidung in einem Streitfall, in dem das Arbeitsverhältnis siebenmal verlängert wurde.

Aus dieser Stellung des Reichsarbeitsgerichts geht klar hervor, daß, wenn der Bemerkung erbracht werden kann, daß eine Umgehung des Kündigungsschutzes vom Unternehmer beabsichtigt wird, die in der Arbeitsordnung vereinbarte, bzw. die gesetzliche Kündigungsfrist gilt und auch die Einspruchsmöglichkeit nach § 84 RVO. gegeben ist.

Welches sind nun die Merkmale des befristeten Arbeitsvertrages, durch den eine Umgehung des Kündigungsschutzes und anderer sozialer Bestimmungen beabsichtigt ist?

Als wesentliches Merkmal wird man die mehrmalige Verlängerung der kurzfristigen Arbeitsverträge ansehen können.

Eine Anzahl weiterer Merkmale führt der Reichsarbeitsminister in seiner Stellungnahme zum § 12 Abs. 3 der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1922 (RVO. S. 218), abgedruckt am 28. Januar 1922 (RVO. S. 187; aufgehoben durch Artikel II der Verordnung über Betriebsstilllegung vom 15. Oktober 1923 — RVO. I S. 985), an. Hier wird zum Ausdruck gebracht, daß eine Dienstleistung vorübergehend ist, wenn sie auf kürzere Dauer erfolgt und ihre Beendigung von vornherein fest oder zumindest nur in geringen Grenzen verschiebbar bestimmt ist. Die vorübergehende Dienstleistung geschieht entweder zur vorübergehenden Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck. Vorübergehende Aushilfe liegt vor, wenn der Arbeitnehmer vorübergehend anstelle eines anderen Arbeitnehmers in dessen Arbeitsverhältnis eintritt, wenn er also z. B. als Ersatzmann für einen erkrankten, beurlaubten oder aus sonstigen Gründen an der Arbeitsleistung behinderten Arbeitnehmer des Betriebes tätig wird.

Eine Dienstleistung für einen vorübergehenden Zweck liegt vor, wenn es sich um eine vorübergehende Arbeit handelt, die sich ihrer Art und ihrem Erfolge nach von der gewöhnlichen Arbeit der Arbeitnehmer des Betriebes unterscheidet, somit nicht in der Erfüllung des normalen Betriebszweckes liegt.

Der Minister sagt dann weiter, daß eine Dienstleistung für vorübergehenden Zweck nicht erfolgt, wenn z. B. bei Erfüllung eines außergewöhnlichen Lieferungsvertrages ein erhöhter Arbeitnehmerbedarf besteht.

Die vorübergehende Dienstleistung muß ferner von vornherein und ausschließlich den Gegenstand des Arbeitsvertrages bilden; es muß also bereits im Zeitpunkt der Arbeitsannahme klar zum Ausdruck gebracht sein, daß die Dienstleistung lediglich zur vorübergehenden Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck erfolgt. Das entscheidende Gewicht liegt nicht in dem Wortlaut und dem Inhalt des Arbeitsvertrages, sondern in der Natur der geschehenen Arbeit und der Art und Weise ihrer Arbeitsleistung.

Bei den hier zur Behandlung stehenden Fällen sind diese klaren Merkmale der vorübergehenden Beschäftigung nicht im geringsten erschüttert, so daß es sich ohne Zweifel um Umgehungen des Kündigungsschutzes usw. handelt.

Man ist auch noch zu untersuchen, ob es überhaupt rechtmäßig ist, die Bestimmungen der Arbeitsordnung durch Einzelarbeitsverträge abzuweichen.

Von der heute noch herrschenden Meinung wird dieses behauptet (Landmann, Gewerbe-Ordnung S. 581; Vertmann, Arbeitsvertragsrecht, S. 87; Hüch, Schaffung von Arbeits-

normen durch Betriebsvereinbarungen in RVO. 1928, Sp. 87 ff.; Kaskel, Das neue Arbeitsrecht, S. 21/22).

Rechtsanwalt Dr. Becker (Alevé) befragt in einer Abhandlung in der „Juristischen Wochenschrift“ 1925, S. 1864, ebenfalls die Zulässigkeit der Änderung der Arbeitsordnung durch Einzelvertrag. Doch fürchtet er zum Schluß die Geister, die er ruft und sagt: „Schließlich ist noch zu betonen, daß die Befragung der Zulässigkeit einer vertraglichen Änderung des Arbeitsvertrages nicht so weit führen darf, daß die Änderung sämtliche oder die meisten der Arbeitsordnung unterworfenen Arbeiter betrifft, denn das würde auf eine Umgehung der durch ausdrückliche Gesetzesbestimmung für Großbetriebe vorgeschriebenen Arbeitsordnung hinauslaufen.“

Es wäre äußerst interessant, wenn Herr Dr. Becker die Zahl der Arbeitnehmer angegeben hätte, für die er die Veränderung der Arbeitsordnung als zulässig erachtet.

Die Praxis lehrt, daß die Unternehmer hier keine Grenzen einhalten, sondern nach Willkür handeln, so daß recht oft die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erlassene Arbeitsordnung in ihren wesentlichsten Teilen durch Aus-

Übersicht ergibt sich, daß der Erlaß bzw. die Änderung der Arbeitsordnung nur auf dem Wege der Vereinbarung mit der Betriebsvertretung oder — im Falle des Nichtbestehens — durch den Schlichtungsausschuß zustandegebracht werden kann. Daraus muß aber auch zwangsläufig die Schlußfolgerung gezogen werden, daß der Arbeitgeber einseitig oder mit einem einzelnen Arbeitnehmer sowie mit mehreren die nur mit der Betriebsvertretung vereinbarte bzw. vom Schlichtungsausschuß festgesetzte Arbeitsordnung nicht abändern oder außer Kraft setzen kann.

Wenn man aber den Befürwortern der Zulässigkeit der Veränderung der Arbeitsordnung folgt, dann kommen auch sie zu der Überzeugung, daß die Veränderung der Arbeitsordnung durch kurzfristige Arbeitsverträge und die mehrfache Wiederholung solcher kurzfristigen Arbeitsverträge das Merkmal der Umgehung des Kündigungsschutzes usw. tragen.

Der § 226 BGB. verbietet aber die Ausübung eines Rechtes, wenn es nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen. Daß durch die Veränderung der Arbeitsordnung den betreffenden Arbeitern Schaden zugefügt wird, bedarf keiner weiteren Begründung.

Der § 226 BGB. bedeutet also ein gesetzliches Verbot des Abschlusses von kurzfristig bestimmten Arbeitsverträgen, die unter der Absicht eingegangen werden, den Kündigungsschutz zu umgehen. Wenn aber ein Rechtsgeschäft gegen die guten Sitten (§ 138 BGB.) und gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB.) verstößt, ist es nichtig.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß der Abschluß von kurzfristigen Arbeitsverträgen nur zulässig ist, wenn die vorstehend erwähnten Merkmale der vorübergehenden Beschäftigung gegeben sind und keine Umgehung des Kündigungsschutzes und sonstiger sozialer Bestimmungen beabsichtigt wird.

Werden dagegen die kurzfristigen Arbeitsverträge öfter wiederholt, so tragen sie das Merkmal der absichtlichen Schädigung der Arbeiter und können die betreffenden Arbeiter sich dann als im Dauerarbeitsverhältnis betrachteten und im Falle ihrer Entlassung von dem Einspruchsrecht nach § 84 RVO. Gebrauch machen.

Duist ferner der Arbeitgeber trotz Ablauf des befristeten Arbeitsvertrages die Weiterbeschäftigung des betreffenden Arbeiters, so kann sich der Letztere gleichfalls als im Dauerarbeitsverhältnis stehend betrachten und im Falle der Entlassung den Kündigungsschutz für sich in Anspruch nehmen. Joseph Milewiczek.

Werbung!

Wird ab, was dich bedrückt hat! Und komm heraus aus dieser Stadt! Und zieh mit frischem, frohem Mut hinaus ins Licht! Das hat dich dein Blut.

Und hör' nur, wie die Vögel singen, Und schau' nur, wie die Blümlein blühen, Und stamme ein, mit Sang und Schall In diesen durch das Weltmaß.

So komm nur mit und wandre fein Mit uns durch hellen Sonnenschein. Wir ruhen dann, wenn's uns gefällt, Wohl unter blauen Himmelzelt.

Und Freude zieht in jedes Herz, Vergessen ist der größte Schmerz. Und Ruh' und Freude überall, Die finden wir im Wellenall.

S. 554/5er.

übung wirtschaftlichen Druckes seitens des wirtschaftlich stärkeren Unternehmers abgedrückt wird.

Wenn der § 134 c der O.D. bestimmt, daß der Inhalt der Arbeitsordnung, soweit er den Gesetzen nicht zuwiderläuft, für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer rechtsverbindlich ist, und wenn gemäß § 134 a Abs. 3 O.D. Veränderungen des Inhalts der Arbeitsordnung nur durch Erlaß von Nachträgen oder in der Weise erfolgen können, daß an Stelle der bestehenden eine neue Arbeitsordnung erlassen wird, und wenn ferner die Vereinbarung der gemeinsamen Dienstvorschriften (Arbeitsordnung), §§ 75, 78 Ziffer 3, 80 RVO., zu den Aufgaben der gesetzlichen Betriebsvertretung gehört, dann verstößt die Veränderung der Arbeitsordnung auch durch einen einzelnen Arbeitsvertrag zweifellos gegen die guten Sitten (§ 138 RVO.).

In § 75 Abs. 1 RVO. wird bestimmt, daß, wenn über den vom Arbeitgeber vorzulegenden Entwurf (der Arbeitsordnung) mit dem Betriebsrat keine Einigung erfolgt, von beiden Seiten der Schlichtungsausschuß angerufen werden kann.

§ 75 Abs. 2 des RVO. bestimmt das gleiche auch für den Fall der Änderung der Dienstvorschriften.

Der Reichsgewerkschaftskongress der Spalter.

Am 26. und 27. Januar haben die Führer der RPD. auf ihrer Tagung im Berliner Rathaus sich gegenseitig stark gemacht und gelobt, nicht eher zu ruhen, bis sie sämtliche Bonzenstücke in den Gewerkschaften ergattert haben. Ihre Reden und Programme klangen aber recht reformmäßig. Nur in jenem Teil, der sich an die Adresse der Gelben, Unorganisierten u. dgl. wendet, markieren die Redner den wilden Mann und stellen Forderungen auf, die selbstverständlich andere durchführen sollen, und wenn sie das nicht durchführen können, was diese Wortabtreter fordern, dann — — —? Die Sache ist sehr einfach, dann sind sie eben Verräter. Warum die RPD-Trompeter nicht selbst ihre Forderungen durchführen, ist eigentlich unklar. Hinter den RPD-Strategen im Weltmaßstab, die alles aufrollen, entlarven und analysieren, steht doch die große Majorität der Hand- und Kopfarbeiter, das Heer der Unorganisierten, Romische Käuze, diese RPD-Führer. Obwohl sie die große Masse der

Die große Dulderin!

Proletariermutter! — Was birgt dieses kurze Wort nicht alles in sich! — Um es ganz zu erfassen, muß man sich hinabsetzen in den tiefsten Born der Liebe, darinnen alle Lebensweisheit, alle Geheimnisse, alle Opferbereitschaft und aller Duldermut eingeschlossen sind. — Immer, wenn ich sie vor mir sehe, die Knechtinnen alle, mit ihren schwelenden Händen, in Trübnis schaffend, mit ihren Namen im Gesicht, den Zeugen ihrer verholten Weh's, im Herzen aber die nie verlassende Flamme der Mutterliebe tragend, dann weiß ich, daß es Erhöhtes gibt als eigenes Wünschen und Verlangen.

Ein gemeinsames Gebehen verbindet sie alle. Durch den zermürbenden Alltagskampf, durch die Arbeit in der Fabrik ziehen sie sich nahe.

Doch erst durch das wunderbar Geheimnis der Menschwerdung, durch das größte Mysterium der Natur, werden sie Geschwistergefehen.

Proletariermutter! — Ja, auch sie war einmal jung, das Herz geschwellt von hellen Mädchentränen, die jener erfüllten sollte, dem sie Herz und Leben zu eigen gab.

Wie endlos, sam's, als sie geträumt! —

Kann verheiratet, wird ihr Mann gemahregelt, und mit diesem Geschicksfaden, dem ersten in der jungen Ehe, reißt sie zur stillen Dulderin.

Ja, als in der rauhen Wirklichkeit die Träume allmählich zerfallen, — als sich Blatt um Blatt von den grünen Ästen löst, als sich ein herber Zug um den jungen, weichen Mund kehren wollte — da brach es über sie — die werdende Mutter — herein, keuzes Gefühl des Glücks — und doch geboren in Angst und Sorge für die Zukunft.

Für sich das große Wunder der Menschwerdung in ihr vollzogen, sollte sie erst voll und ganz offenbaren die große Frauenliebe, die sich einer großen Aufgabe bewußt ist — nun sie bald — gleich aller Mütter — ihres Kindes, und so eines Volkes Geschick, unter dem Herzen trug. Doch wenn sie — erst nach langen, qualvollen Stunden — ihr Kindlein an die junge Brust drückt, vollzieht sich in ihr eine große

Wandlung, erwächst sie zu einem neuen Menschen, — ja, versinkt in selbiger Stunde ihr eigenes Ich.

Nein, nun lebt sie nicht mehr sich, sie lebt ihrem eigenen Kinde. Tage und Nächte bangt ihre sorgende Mutterliebe um den heiligsten Besitz.

Doch in langer, langer, leidvollen Nächten, da sie um das Leben ihres kleinen Lieblings ringt, schlingt sich geheimnisvoll um ihre Stirn der Rosenkranz der stillen Dulderin.

Wohl kann es ganz anders als ihre hoffnungsfrohen Mädchenträume verhehlen. — Sie fragen nichts von Leid und Kampf und Opfer. — Und dennoch möchte sie nicht mehr tauschen. Lieber will sie die schwersten Lasten tragen, will tausendfach entsagen, nun sie weiß, daß erst ihr Leben durch ihr Kind zu einer großen Aufgabe heranwächst.

Lächelnd überblickt sie nochmals die dunklen Träume der Jugend, die nichts zurücklassen als — Erinnerung.

Was keine Macht der Erde vermag, vermag das winzige kleine Wesen, das durch die Bande des Hutes an sie gekettet wurde. — Sie wird ihrem Kinde Heimal und Zufluchtsort. Sie wird ihm Schicksalslenkerin.

Sie ist es, die die heiligsten Gefühle in ihm weckt; durch sie lernt es tausend Wunder dieser Erde kennen, und was sie spricht, ist unerschütterlich ihrem Kinde. —

Sie, die Proletariermutter, war es, aus der die Großen aller Zeiten kamen, die ihr Leben gaben im Ringen und Schaffen für ihre gequälten Arbeitsgenossen, die, um Jahre und Zeiten voraus, ein großes geschwäftiges Gebehen in der Welt erkannten und, darauf gestützt, die Segensbotschaft „Freiheit“ verkündeten.

Sie wird es immer sein, die mitbestimmend an der Größe und Macht der Arbeiterklasse wirkt. —

Im beständigen Ringen um Leib und Seele ihres Kindes — zwischen jubelndem Glück und tiefstem Leid —, zwischen hoffnungsvollen leuchtenden Fernen und versinkenden, verlöschenden Sternen —, entgleiten ihr, ihr selbst unbewußt, Jahre und Jugend. —

Das ihrem Kinde aber wird ein Mann — ein Weib. — Wenn sie nun glaubt, ihr Werk sei vollendet, so fängt es jetzt erst an, wo sie ihr Kind der Welt übergibt.

Findet sie etwa Ruhe, da sie es draußen weh't? — Nein — sie hört den Schrei seiner verwundeten Seele, steht es sinken, dem Schicksal erliegend, — steht es verlassen von allen. —

Jetzt offenbart sich aufs neue wieder die volle Größe ihrer Mutterliebe!

Selbst schon durch soviel Leid gegangen — schon die Haare von Sorgen gebleicht —, die Kräfte von Arbeit und ständlichem Kampfe zermüht —, schlägt dennoch ihr Herz in alter Liebe und Treue. —

Nein, es können keine lauten Worte ihr Leid. In tiefer Stille kämpft sie die größten aller Kämpfe.

Nur die langen, schlaflosen Nächte sind ihre stummen Zeugen. Eind auch Zeugen des Schmerzes, da all ihre Lebensarbeit, all ihr Lieben und Hoffen am harten Felsen eines erbarmungslosen Geschehens zerschellen, da ein Wurm am Marke des Lebens ihres Kindes nagt, da dunkle, grausame Mächte wie höhnlachende Dämonen ihr vernichtendes Werk vollbringen — langsam — ungeschalt — beständig — sie ihrer Qual überlassend. —

Tausendfältig sind so die Fäden zwischen Mutter und Kind verknüpft, ziehen sich in tausendfältigen Windungen durch ihr Leben. —

Jede Freude, jeder Schmerz ihres Kindes vibrieren in ihrer Seele wieder. — Unlöbliche Bande haben sie aneinander gekettet, ziehen sie gemeinsam aufwärts in lichte Höhen, führen sie gemeinsam hinab ins tiefste Elend. —

Proletariermutter! — Wie vieles hast du doch leter verdröhnten Dame der Gesellschaft voraus; wie hoch steht du über ihr. Zwar ist auch jene Mutter; doch von der opferbereiten Mutterliebe, die Tag und Nacht nicht ruht, die immer größer wird, je mehr sie leidet, — weiß sie kaum.

Sie braucht ja auch nicht so viel zu geben. Sie vertraut ihr Kind einer Wärterin an; sie verwirklicht ihre Mädchenträume in vollem Genuße des Lebens. Sie hat das Geld, Liebe für ihr Kind zu kaufen.

Sie schaut auf dich herunter, weil sie dich nicht kennen will. Du müßtest sie beschämen — du, Proletariermutter, — große, stille Dulderin! — — — Beria Rich.

Unorganisierten führen. Auf die ganz verfallen auf die Führung der bereits Organisierten, alle der Minorität. Besonders der bereits gewordene Reichspräsident Ebert und die 75 Prozent der Unorganisierten (die Zahl kommt nicht, Leddy) im Kampfe einlegen. Leddy sagt: Das Klassenbewußtsein dieser Leute habe keine Stelle höher als das der Organisierten. Und wenn die KPD, trotzdem die Organisierten beherrschen möchte, dann muß doch wohl ein Unterschied sein zwischen den Organisierten und den Unorganisierten. Oder dreht es sich doch nur um die Vonzengämter? Die Unorganisierten brauchen wohl keine Angestellten? Eine Frage: Kann man mit 75 Prozent der Arbeiterschaft, also mit der unorganisierten Gefolgschaft der KPD, nicht die Weltrevolution durchführen?

Auf dem genannten Kongress hat Hecker festgestellt, daß das Kakt, d. h. also Rußland, die Spalttaktik der KPD gutgeheßen hat. Sein Freund Sark erklärt, daß den Wirtschaftskämpfern müsse die Unzufriedenheit der Unorganisierten ausgenutzt werden, um diese Leute gegen die Reformisten einzustellen. Ehler Mann, wer möchte dich zum Freunde haben! Auf Antrag Steffen wird beschlossen, zum 6. März 1929 eine Erwerbslosenkonferenz einzuberufen, selbstverständlich im Reichsmaßstab, um den Erwerbslosen zu helfen? Da können die eingestellten Arbeitslosen lange warten. Geschehe fordert, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik mehr getan werden müsse. El, el, das ist ja reiner Reformismus und zugleich das Eingeständnis, daß die KPD, selbst auf diesem Gebiete nichts getan hat.

An die Teilnehmer der Reichskonferenz wurden Fragebogen ausgegeben. Es heißt da:

Randfrage
an alle Teilnehmer der Reichskonferenz
vom 26./27. 1. 1929.

Das Zentralkomitee braucht rasch ein ausführliches Sachverhaltsmaterial zu den drei nachfolgenden aufgeworfenen Fragen. Beantworten Sie dieselben sofort nach Deiner Rückkehr und schicken das Antwort an folgende Adressen:
Wilhelm Pieck, M. d. R., Berlin O 25, Kleine Alexanderstraße 28.

- Antwort: betr. Reformisten.
1. Gib uns Beispiele aus Deiner Praxis darüber, mit welchen Methoden die reformistische Bürokratie die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder in den Verbänden abschafft oder einschränkt. (S. B. die Einschränkung der Vertrauensmännereinstellungen, Beschlußrechte der Vertrauensmänner, Einschränkung des Delegatensystems usw.)
 2. Gib uns Beispiele, mit welchen Methoden die Reformisten bestimmte Schichten der Gewerkschaftsmitglieder und insbesondere der Gewerkschaftsfunktionäre durch materielle Vergünstigungen (Entschädigung von Betriebsräten, Bezahlung für Teilnahme an Funktionärstätigkeiten, hohe Löhne für Teilnehmer an Konferenzen, Festessen von Betriebsräten usw.) und durch Anstellungen auf bestimmte Positionen korumpieren. (Bevorzugte Funktionen in Genossenschaften, Krankenkassen, Knappschaft u. a., unter reformistischer Führung stehenden Institutionen.)
 3. Gib uns Beispiele aus der Praxis, wie weit unten, im betrieblichen bzw. betrieblichen Maßstab, die Reformisten bereits mit dem Staatsapparat verwaschen sind. (Arbeitsämter, Fürsorge- und Wohlfahrtsämter, Landesversicherungsanstalten, Gewerbeaufsichtsbehörden, Landratsämter und sonstige kommunale und provinzielle Behörden, staatliche kapitalistische Wirtschaftskontrollen, Aufsichtsräte, gemischte Kommissionen usw.)

Die einkommenden Antworten — wir brauchen zuverlässiges Sachverhaltsmaterial — werden zu einer speziellen Arbeit zusammengestellt.
Berlin, den 26. Januar 1929. Zentralkomitee der KPD.
Sekretariat.*

Sind das nicht Klassengenossen zum Koken? Sie bilden sich ein, weil die KPD ein einziger großer Korruptionsherd ist, wo Verrat, Enkel und dergleichen gedeihen, es müßte auch in anderen Organisationen so sein. Aber freilich, Einem Rußland. Es fehlt von den Eiferbeulen am kommunistischen Körner ganz schrecklich.

Auch Richtlinien für die Arbeit unter den Arbeiterinnen in Betrieb und Gewerkschaften haben die Konferenzteilnehmer erhalten. Ein launer Sermon bekannter Forderungen. In den Richtlinien heißt es an einer Stelle: Arbeit in den christlichen Gewerkschaften. Entfaltung der Genossinnen zu diesem Zweck in die christlichen Gewerkschaften. So korumpiert diese Partei ihre Mitlieder.

In den Richtlinien für die Taktik der revolutionären Opposition bei den Betriebsrätemahlen, worüber Merker referierte, ist gesagt, jeder Betrieb muß wieder eine revolutionäre Burg werden. Wenn er es schon war, warum ist er es nicht mehr? Weil die Arbeiterschaft den losen KPD-Vogel erkannt und ihm einen Triff verleiht hat.

Wo bei den Betriebsrätemahlen die Situation für die KPD günstig ist, soll ein oppositioneller Vorkurs als einzige Liste einereicht werden. In anderen Fällen fordert die KPD Verhältnismäßig bei der Anstellung freiergewerkschaftlicher Listen. Das ist die launische Folie der Taktik, daß sich die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder nicht als Gewerkschafter, sondern als KPD-Mitglieder betätigen sollen. Zusammenfassend heißt es in den Merkerischen Richtlinien:

Die revolutionäre Opposition beruft von sich aus, evtl. durch oppositionelle Betriebsratsmitglieder eine allgemeine Betriebsratsversammlung ein, um den oppositionellen Vorkurs für die freiergewerkschaftliche Einheitsliste aufzustellen und ein Wahlkomitee zu bilden.

Die Kandidaten für den Vorkurs der Opposition zu freiergewerkschaftlichen Listen müssen sich in der Versammlung oder durch schriftliche Erklärung vor der Betriebsratwahl dem Programm der revolutionären Opposition bekennen. Auf den Vorkurs der revolutionären Opposition sind neben freiergewerkschaftlich organisierten auch solche unorganisierten Arbeiter festzustellen die sich als Klassenbewußte Arbeiter besonders in den letzten Kämpfen betätigt haben und auch christliche und kirchliche Wunderheiler. Wenn ihre Organisation einen größeren Teil der Betriebsratwahl bezieht und wenn sie sich für das Programm der revolutionären Opposition entscheiden und für keine Herrschaftsklassen kämpfen. Die Vorbereitung des oppositionellen Vorkurses ist die Aufgabe der Fraktion und Betriebszellen.

Sind das noch Kommunisten, die morgen Weltrevolution machen wollen? Nein, das sind reformistische Schreibhülfe, Leute, die mit den Unternehmern händeln und schwärzen, die Lohnverträge abschließen, wenn sie Gelegenheit und Macht

dazu haben; also im Sinne eines Kommunisten von 1918 sind die heutigen KPD-Leute richtige Spielbürger. Sie möchten eine Stelle haben, um jeden Preis. KPD-Führer: Bramorbes ist dein Name!

Frauenfragen.

Unfallgefahren im Haushalt.

Als Mutter in der Zeitung las, daß eine Reichs-Unfallverhütungs-Woche stattfinden solle, atmete sie erleichtert auf: Gott sei Dank, das geht mich nichts an! — Sie bedauerte lebhaft die armen Menschen, die in den Fabriken vor Explosionen, vor giftigen Gasen, lauzenden Treibriemen, wahllos rasenden Schwungradern und gefährlichen Laugen, vor fliegenden Splintern und stürzenden Lasten nicht sicher sind. Es leuchtete ihr ohne weiteres ein, daß es wichtig und notwendig sei, in den Fabrikbetrieben einmal recht eindringlich über die Unfallgefahren zu belehren und aufzuklären, damit nicht so viele Menschen ihre geliebten Glieder und ihr Leben durch die schrecklichen Unfälle verlieren.

Die Unfallziffern sind ja auch ganz erschreckend: Zwei bis drei Millionen Unfälle jährlich, 24 000 Todesfälle durch Unfall in einem Jahr! — Über auf einmal wird Mutter aufmerksam und unruhig, als sie weiter liest. Denn da steht, daß von diesen 24 000 Todesfällen durch Unfall sich nur 8000, nur ein Drittel, in Fabrikbetrieben ereigneten. Ja, wo in aller Welt kommen denn die übrigen zwei Drittel her? — Ist denn das tägliche Leben außerhalb der Fabrikbetriebe mit

die Verletzung für die Erziehung zu unvollständiger Vorbereitung. In der Kinderstube muß es anfangen. Und wenn ein paar kleine Kratzer passieren, die mit Nadeln und Scherben, mit ein paar kleinen Wunden und blauen Flecken gut ablaufen, so muß solche Gelegenheit stets wahrgenommen werden, um den Kindern die großen Gefahren der Unachtsamkeit, des Leichtsinns oder aber auch der Schwerfälligkeit und Entschlußlosigkeit klarzumachen. Besonders setzen auch beim Kinde von vornherein die Rücksichtslosigkeit und der Egoismus bekämpft, zwei Momente, die nur gar zu leicht Unfallgefahren für andere heraufbeschwören. Ein unachtsam auf die Erde geworfener Nusskern, eine Bananen- oder Apfelschale, ein zum Fenster herausgeschleudertes hohes Gegenstand, eine in einem dunklen Korridor stehengelassene Fußbank, alles das sind Gefahrenmomente, die gelegentlich leichte oder gar schwere Unfälle im Gefolge haben können.

Wenn die Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo.) auch nur einen Anstoß zu einer systematischen Erziehungsarbeit am ganzen Volke bedeuten, so werden doch diese acht Tage intensiv zusammengeballter Volksbelehrung und populärer Aufklärung viel erreichen, wenn wenigstens ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung dazu angehalten wird, nicht nur in gefährlichen Fabrikbetrieben und an den Arbeitsstätten Unfallverhütung zu betreiben, sondern auch im eigenen Haushalt einmal alle kleinsten Unfallmöglichkeiten zu überdenken, zu überlegen und, soweit möglich, zu beseitigen, mindestens aber die eigene Einstellung zu diesen Gefahrenquellen zu überprüfen und einer Revision zu unterziehen.

Wirtschaftliches.

Unsichtbare Arbeitslose unter den Unternehmern.

Recht auffallend ist eine Veröffentlichung des Bankhauses Bets, Simon u. Co. Es wird dort sehr offenherzig auf verschiedene Mängel im Produktionsprozess hingewiesen. Es heißt da unter anderem: Wenn es eine der wichtigsten Aufgaben ist, die unsichtbaren Arbeitslosen unter den Arbeitern, die in Betrieben und Verwaltungen stecken, sichtbar zu machen, so muß es auch eine Aufgabe des Selbst-erhaltungstriebes der Wirtschaft sein, die unsichtbaren Arbeitslosen unter den Unternehmern in sichtbare zu verwandeln.

Das heißt doch mit anderen Worten: Heraus mit den unnützen Kostgängern, die mit Hilfe der Kartell- und Konzernpolitik durchgeschleppt werden, die sogenannten galvanisierten Betriebsleichen. Gemeint sind wohl auch die menschenfressenden vielfachen Aufsichtsräte und Repräsentationsdirektoren. Das Bankhaus Bets, Simon u. Co. hat unseren Vorschlag.

Warum denken nicht alle Unternehmer so?

Der Präsident der Bethlehem-Steel-Corporation, Charles M. Schwab, ist ähnlich wie Ford ein Unternehmer, der das wirtschaftliche Gedeihen Amerikas lobend hervorhebt. Kürzlich hat er in einer New Yorker Zeitschrift zehn Leitsätze zur Erhaltung einer guten Wirtschaftslage aufgestellt. In diesen Leitsätzen heißt es u. a.: Bezahle die Arbeit so hoch wie möglich. — Behandle den Arbeitnehmer als Geschäftspartner. — Mache Geschäfte im vollen Tageslicht. — Lebe und heise zu leben. — Begrüße neue Ideen. — Sei nie damit befriedigt, daß das bereits Erreichte genüge. — Betreibe dein Geschäft so wirtschaftlich wie möglich. — Schaue vorwärts und denke vorwärts. Es ist leichter, Krisen zu vermeiden, als sie zu ertragen. — Arbeite mit dem Bewußtsein, daß der Hauptzweck aller Tätigkeit in der Verbesserung des menschlichen Loses liegt.

Das sind Gedanken, von denen man wünschen möchte, daß sie auch bei den deutschen Unternehmern Eingang finden. Im "WBC" vom 3. Februar befindet sich ein Artikel von Schwab, in dem er u. a. folgendes ausführt: Die Garantien für den amerikanischen Wohlstand waren: Die höchsten Löhne, die jemals gegeben wurden, hoch nicht nur in barem Gelde, sondern auch in der Kaufkraft. . . Wir erkennen jetzt, daß hohe Löhne und Wohlstand Hand in Hand gehen, wenn eine Preispolitik geübt wird, die dahin geht, die Waren mit dem kleinstmöglichen Nutzen abzugeben. . . Das Gedeihen des Geschäfts besteht darin, so hohe Löhne als möglich zu zahlen und Profite auf das Mindestmaß zu beschränken. . . Die Industrie ist abhängig von der Massenproduktion, von Maschinenleistungen, technischen Dingen — und doch bestimmt das menschliche Element den Fortschritt und die Dienste, die die Industrie dem Lande leistet. Die Ursachen eines wachsenden Wohlstandes in finanzieller und allgemeiner Beziehung liegen darin, daß jede Lohnerböhung und Arbeitszeitverkürzung den Arbeitern nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Ruhe bringt, und daß sie dieses Geld jetzt weniger als früher für rein oberflächliche Zerstreuungen ausgeben. . .

Die voranschreitliche Entwicklung der Preise.

Die Sonderveröffentlichung der angesehenen englischen Zeitschrift "Manchester Guardian Commercial": "Rückblick auf das Jahr 1928", stellt beachtenswerte Betrachtungen über die zukünftige Preisentwicklung an, über das allgemeine Preisniveau und die Preise der weltwirtschaftlich wichtigen Artikel. Der Bericht stellt fest, daß in den letzten Jahren in den Ländern, die seit längerer Zeit eine echte Goldwährung haben, wie in Holland und Schweden, der allgemeine Preisstand im Sinken begriffen ist. Es wird nun das Anhalten dieser Tendenz und das allgemeine Sinken der Preise auch für die Zukunft vorausgesagt. Grund dafür ist die zu erwartende Verknappung des Goldes, die Tatsache, daß die Produktion von Waren in einem größeren Umfang steigt als der Goldvorrat. Hinzu kommt noch, daß die Vereinigten Staaten, die immer noch einen außerordentlich großen Goldvorrat haben, voraussichtlich nicht untätig zusehen werden, daß die gegenwärtige große Goldausfuhr aus den Vereinigten Staaten andauert. Sie werden die gleichmäßige Verteilung

Verloren.

Am Wegrand sah ich einen Fremdling liegen
Und wollte ihm die Hand zur Hilfe reichen;
In seinen Wästen, aufgedunsen Sägen
Sah ich mit Schmerz des Feuertrankes Zeichen.

Ein frischer Bursch, ging einst er auf die Reise.
Gehnickt, verborben liegt er nun am Rande —
Mir ist's, als ob im Windbrausen leise
In weiter Ferne eine Mutter weine.

Luise Egli.

Ihren Maschinen und Transmissionen, mit ihrem hastenden Arbeitstempo auch so gefährlich, daß da 16 000 Todesfälle durch Unfall und insgesamt Millionen Unfälle sich ereignen sollten? — Und rückblickend überlegt sie, was sie im Laufe der letzten Monate selbst in ihrer näheren und weiteren Bekanntheit über Unfälle gehört und gesehen hatte: Richtig, da war der dreijährige Bubli von Schulzes aus dem Fenster gefallen, als er unbeobachtet seinen Luftballon zum Himmel steigen lassen wollte. — Und die Kusine ging heute noch zum Augenarzt, weil sie in der Küche unvorsichtiger war, so daß ihr heißes Fett in die Augen spritzte, als sie Wasser dazuget. Und drüben über die Straße im ockten Stock das alte Fräulein, die war auf ihrem Korridor ausgerückt und hatte sich eine Gehirnerschütterung geholt.

Mutter war ganz betroffen, als sie diese Taffachen an ihrem geistigen Auge vorbeiziehen ließ. Schnell raffte sie sich auf und machte einen Rundgang durch ihre schmucke, saubere Wohnung. Dabei überlegte sie: Wo können wohl im Haushalt Unfallgefahren verborgen liegen? Sondern einmal das Handwerkszeug revidiert! Der Hammerkopf ist nicht ganz fest, wenn er einmal abstößt. . . ? Und die Janae klemmt, womöglich gibt das auch mal Scherereien. Die Leiter ist in Ordnung und hat auch eine Vorrichtung, um sie festzustellen und sie vor dem Ausgleiten zu schützen.

In der Küche gibt es wieder einmal eine Lektion. Vorsicht mit siedendem Fett! — Um Gottes willen niemals Petroleum oder Spiritus oder Benzin in allmündendes Feuer gießen. Es gibt andere und gefährlichere Methoden, um das Feuer zu entfachen. Benzin entfacht Gas. Die leicht entzündbar sind. Habt ihr nicht einmal in der Zeitung gelesen, daß eine berühmte Tänzerin den Tod fand, weil sie ihr Haar mit Benzin wusch und entsetzte, während einige Schritte entfernt eine Gasflamme brannte? — Sie fand einen qualvollen Tod. — Vor allen Dingen muß aber jeder wissen, daß man Benzinfeuer nicht mit Wasser löschen kann, weil das brennende Benzin auf dem Wasser schwimmt. Mit Decken muß in solchen Fällen die Flamme erstickt werden. — In der Speisekammer wird auch noch einmal revidiert, ob Salzlake, Terpentin und andere Gifte in etikettierten Flaschen aufbewahrt sind.

Gas und Elektrizität sind Gefahrenquellen, wenn sie nicht sorgsam gehütet und alle Einrichtungen und Apparate in peinlichster Ordnung gehalten werden. Der Hauptbahn der Gasleitung ist stets verschlossen zu halten, wenn das Gas nicht gebraucht wird, auf jeden Fall aber abends und beim Verlassen der Wohnung. Die Schläuche, die von der Wandleitung zum Kocher führen, müssen oft revidiert und von Zeit zu Zeit erneuert werden. Keine elektrische Steckdose, kein Schalter darf in schodhaftem Zustande weiter benutzt werden. Auch der als harmlos angesehene Strom der üblichen Lichtleitungen im Hause kann bei besonders unglücklichem Zusammenreffen verschiedener Momente zu Verletzungen oder gar zum Tode führen. Dilettanten und Amateure, und nügen sie noch so gute Bastler sein, sind uneeignete, um elektrische Leitungen zu legen und auszubessern. Nicht umsonst verbietet jedes Elektrizitätswerk Inslatateuren auszuführen.

Und gar das Kapitel Kinder und Unfallgefahr! Messer, Gabel, Schere, Licht, faugt für kleine Kinder nicht! — ist ein heute noch immer gültiger Grundsatz. So wie die Erziehung zur Sauberkeit eine Vorbedingung für die hygienische Lebensweise ist, so ist die Erziehung zur Ordnung auch bei Kindern!

des Goldes auf die verschiedenen Länder wahrscheinlich nicht weiter fördern und werden so zur Behebung der Goldknappheit in den einzelnen Ländern nicht beitragen. Es wäre wohl möglich, die Goldknappheit weitzumachen durch goldsparende Einrichtungen, wie solche von der Konferenz in Genä 1922 bereits empfohlen wurden. Die internationale Zusammenarbeit ist aber nach "MOC" noch nicht so weit fortgeschritten, daß man mit dem Erfolg dieser Bestrebungen in absehbarer Zeit rechnen könnte. Die Goldverknappung hat aber die Wertsteigerung des Goldes und als deren Reversseite das Sinken der Preise zur Folge. Im Fall einer solchen Preislenkung würden die Gläubiger gut fahren, um so schlechter aber die Schuldner - vor allem die verschuldeten Unternehmungen - deren Zinslast und andere feste Belastungen viel drückender sein werden. Fallende Preise infolge der Wertsteigerung des Goldes gehen auf Kosten des Profits und noch mehr auf Kosten der Löhne. Es handelt sich hier nämlich um eine ganz andere Art von Preislenkung, als wenn diese durch größere Produktivität mit Hilfe der Rationalisierung erreicht wird. In ersterem Falle sinkt die Unternehmungslust, sinkt die Massenkaukraft, wächst die Arbeitslosigkeit; im zweiten Fall können die Preise sinken bei gleichzeitiger Steigerung der Gewinne, der Löhne und des Beschäftigungsgrades. Gelingt es nicht, durch Erfolge der Rationalisierung die Wirkungen der Goldverknappung mindestens zum Teil weitzumachen, so gehen wir Zeiten verschärfter Arbeitslosigkeit und konjunkturellen Tiefstandes entgegen, sofern nicht eine internationale Regelung für Ersparnisse an Gold und zur Stabilisierung der Preise erreicht werden kann.

Genossenschaftliches.

Die GCO. setzt ihre Geschäftserweiterung fort.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erweitert ihren Geschäftskreis ununterbrochen. Namentlich wird die Eigenproduktion systematisch gefördert. Kürzlich wurde eine Großfabrik zur Herstellung von Malz-, Korn- und Gerstenkaffee in Mannheim eröffnet. Die bisher in Chemnitz befindliche Fabrik dieser Art vermochte die Nachfrage nicht mehr zu decken. Die Mannheimer Fabrik hat eine Leistungsfähigkeit von täglich 30 000 Kilogramm anzudeuten. Hergestellt werden Malzkaffee, Kornkaffee, Zichorien sowie Inzusseifen und Kaffeegewürz. Die Qualität der Produkte bürgt dafür, daß der Absatz mit der Produktion gleichen Schritt hält. Während andere Wirtschaftszweige sich in Klagen ergehen und den Staat um Beihilfe ersuchen, zeigt diese großartige Verbrauchergemeinschaft, was eigene Hilfe und fakkräftige Initiativen zuwege bringt.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Erweiterung der Verordnung über die Entschädigungspflicht von Berufskrankheiten.

Am 1. Januar 1929 ist die erweiterte Verordnung über entzündungspflichtige Berufserkrankungen in Kraft getreten. Nach jahrelangen Bemühungen war es den Gewerkschaften endlich gelungen, eine Verordnung, veröffentlicht am 12. Mai 1925, zu erreichen, die bestimmte Berufserkrankungen nach den Bestimmungen der Unfallversicherung entzündungspflichtig machte. Diese Verordnung umfaßte elf Nummern, die Erkrankungen durch bestimmte Stoffe vorfanden. Daß es sich dabei vorwiegend um Erkrankungen in der chemischen Industrie handelt, ist bei der Struktur dieser Industrie verständlich.

Eine größere Zahl von Berufserkrankungen konnte vorläufig nicht erreicht werden, weil angeblich die Durchführung der Verordnung allzu große Schwierigkeiten verursachte. Sofort nach Inkrafttreten der Verordnung wurden aber aus den Kreisen der Arbeiter Anträge an die Gewerkschaften gerichtet, die Liste zu erweitern. Die Gewerkschaften haben ihre Wünsche dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat unterbreitet. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat eingehende Beschäftigungen der in Frage kommenden Betriebe vorgenommen, für die einzelnen Anträge sich gründlich geäußert mit dem Erfolg, daß nunmehr auf Grund dieser Untersuchungen die Liste ganz erheblich erweitert worden ist. Dabei sind auch sonst grundlegende Änderungen zugunsten der Erkrankten erreicht worden. In der ersten Verordnung waren sieben Erkrankungen durch bestimmte Stoffe aufgeführt, die versicherungspflichtig sind, und es war vorgesehen, daß solche Erkrankungen durch die genannten Stoffe nur entzündungspflichtig sind, wenn sie in Betrieben auftreten, in denen Versicherte regelmäßig der Einwirkung der Stoffe ausgesetzt sind.

Die erweiterte Liste umfaßt 14 Erkrankungen auf Grund bestimmter bekannter Stoffe. Die durch diese Stoffe entstehenden Erkrankungen sind nach der neuen Verordnung aber auch dann versicherungspflichtig, wenn die Erkrankungen durch Tätigkeiten hervorgerufen worden sind, die schließlich der Unfallversicherung unterliegen. Die stark einengende Vorschrift, daß der Erkrankte in seinem Betriebe regelmäßig mit den krankmachenden Stoffen beschäftigt gewesen sein muß, ist also gefallen. Als wichtigste Erweiterungen dieser Liste sind anzuführen die Erkrankungen durch Verbindungen des Mangans, durch Schwefelwasserstoff, durch Kohlenoxyd, Hauterkrankungen durch Galvanisierungsarbeiten und Hauterkrankungen durch ausländische Holzarten. Von weittragender Bedeutung kann für Arbeiter in keramischen Betrieben die Anerkennung werden, daß Staublungenenerkrankungen entzündungspflichtig sind, auch dann, wenn die Staublungenenerkrankung mit Lungenüberkänose zusammenfällt.

Nach der ersten Verordnung vom Mai 1925 war eine Rückwirkung der Entschädigungspflicht nur in ganz geringem Ausmaß vorgesehen. Die neue Verordnung befaßt im § 11, daß für eine Berufskrankheit, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestand oder nachher entstand, die Entschädigung

nach dieser Verordnung auch dann gewährt wird, wenn die Krankheit wesentlich durch berufliche Beschäftigung nach dem 31. Dezember 1919 in einem Betriebe verursacht ist, wie ihn die Verordnung vorseht, d. h. wenn der Arbeiter in dieser Zeit in einem versicherungspflichtigen Betriebe sich die Krankheit durch die genannten Stoffe zugezogen hat.

Der Anspruch auf zuzuschlagende Krankheitskosten oder auf Krankheiten, deren Ursachen zuzuschlagen, ist jedoch innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Verordnung, also bis zum 31. Dezember 1929, zu erheben. Nach dieser Zeit erhobene Ansprüche werden nicht berücksichtigt. Unsere Zahlstellensfunktionäre wie auch die Betriebsräte wollen sich das ganz genau einprägen, damit die Kollegen in den Betrieben vor Schaden bewahrt werden. Welche Krankheiten versicherungspflichtig sind, geht aus folgendem Verzeichnis hervor:

Verzeichnis der entzündungspflichtigen Berufskrankheiten.

I	II	III
Stoffe	Berufskrankheit	Betriebe und Tätigkeiten
1	Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen	Zu I bis 14: Betriebe und Tätigkeiten, die der Unfallversicherung unterliegen.
2	Erkrankungen durch Phosphor	
3	Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen	
4	Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen	
5	Erkrankungen durch Verbindungen des Mangans	
6	Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologen	
7	Erkrankungen durch Nitro- und Amidverbindungen der aromatischen Reihe	
8	Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff	
9	Erkrankungen durch Kohlenoxyd	
10	Erkrankungen durch Röntgenstrahlen und andere strahlende Energie	
11	Hauterkrankungen durch Galvanisierungsarbeiten	
12	Hauterkrankungen durch ausländische Holzarten	
13	Hauterkrankungen durch Ruß, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe	
14	Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen	
15	Erkrankungen der Atmungsorgane durch Thomaschlackenmehl	
16	Staublungenenerkrankungen (Silikose). Trifft eine Staublungenenerkrankung mit Lungenüberkänose zusammen, so gilt für die Entschädigung die Lungenüberkänose als Staublungenenerkrankung	a) Betriebe der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und -verarbeitung, b) Metallschleifereien, c) Porzellanbetriebe, d) Betriebe des Bergbaues.
17	Schneeberger Lungenkrankheit	Betriebe des Erzbergbaues im Gebiete von Schneeberg (Freistaat Sachsen).
18	Durch Lärm verursachte Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit	Betriebe der Metallbearbeitung und -verarbeitung, Glas- und -Eisenhütten, Metallschmelzereien.
19	Graner Star	Betriebe des Bergbaues.
20	Wurmkrankheit der Bergleute	Betriebe der Seefahrt.
21	Tropenkrankheiten, Malaria, Flecktyphus, Scharlat	

G. Haupt.

Unfälle auf dem Wege von der und zu der Arbeitsstätte.

Die reichsgesetzliche Unfallversicherung unterstellt auch die Wege von der Wohnung des Arbeitnehmers in den versicherten Betrieb und von diesem in die Wohnung dem Versicherungschutz. Unfälle, die sich auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt ereignen, sind als Betriebsunfälle zu entschädigen. Das Reichsversicherungsamt hat eine große Anzahl von Streitfällen, die sich durch diese neue gesetzliche Bestimmung ergeben haben, entschieden. Der Weg von der Arbeitsstätte nach Hause endet regelmäßig nach allgemeinem Sprachgebrauch in der Wohnung. Zum Wege gehört deshalb jedenfalls auch die Treppe in Häusern mit einzelnen, in verschiedenen Stockwerken befindlichen abgeschlossenen Mietwohnungen. Verunglückt ein Unfallversicherter auf der Treppe, wenn er sich nach dem Betrieb befehrt oder vom Betrieb zurückkommt, so liegt auch in diesem Falle ein Betriebsunfall vor. Wird der Heimweg von der Betriebsstätte im eigenen Interesse und zu privaten Zwecken des Versicherten unterbrochen und verunglückt er, so liegt jedoch kein Betriebsunfall vor, wenn diese Unterbrechung längere Zeit gedauert hat oder der Weg nicht unmittelbar von dem Betrieb in die Wohnung oder umgekehrt zurückgelegt wird. Besucht der Verunglückte z. B. auf dem Heimwege ein Wirtschaftshaus, so wird der Heimweg im Sinne des Gesetzes unterbrochen, wenn der Aufenthalt in der Wirtschaft von längerer Dauer war. Sucht er jedoch nur vorübergehend eine Gaststätte auf, so ist der Heimweg noch als versichert nach dem Unfallrecht anzusehen. Weicht ein Versicherter von dem gewöhnlichen Wege nach und von der Arbeitsstätte ab, so wird dadurch der Zusammenhang mit dem Betrieb nicht gelöst, wenn es sich lediglich um eine für die Dauer des Heimweges unwesentliche Änderung handelt. Es ist ohne Bedeutung, ob der Weg zu Fuß oder mit irgendeinem Beförderungsmittel zurückgelegt wird. Auch diejenigen Handlungen, die sich unmittelbar aus der Benutzung eines Wagens ergeben, z. B. das Aufsitzen der Pferde, müssen als zum Heimweg gehörig erachtet werden. Unfälle, die sich durch Spielerei auf dem Heimwege von der Betriebsstätte ereignen, sind jedoch nicht als Betriebsunfälle im Sinne des Unfallrechts anzusehen. Wenn besondere Umstände den Unfallversicherter vom Heimwege ab-

bringen, oder Ereignisse eintreten, die den Weg von und zur Arbeitsstätte erschweren, z. B. Überfüllung des Weges, so wird es auf den Einzelfall ankommen, ob es sich bei einem entstehenden Unglück um einen Betriebsunfall handelt. Immerhin ist durch das neue Unfallrecht eine Lücke ausgefüllt, die von den Unfallversicherern bis zur Änderung des Unfallrechts außerordentlich nachteilig empfunden wurde.

Kundschau.

Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein.

Jüngst legte der Rekordläufer Houben in einer bürgerlichen Zeitung ein gutes Wort für den Alkoholgenuß ein, natürlich für den „mäßigen“. Auch der Sportler dürfe ein Glas Wein oder einen Schoppen Bier trinken, ohne befürchten zu müssen, daß dadurch seine Höchstleistung gemindert würde. Ein auffallendes Urteil, da ja vielfältige Erfahrungen und wissenschaftliche Untersuchungen das Gegenteil ergeben haben! Man wird wohl den Untergrund der Houbenschen Weisheit richtig erkennen, wenn man erfährt, daß der Meisterläufer am 1. Januar dieses Jahres Prokurist einer Krefelder Weingroßhandlung geworden ist. Nun will er gewiß dort das Rennen machen!

Eine Ursache der Krebskrankheit.

Einem dänischen Forscher ist es gelungen, bei Ratten, denen er 50prozentigen Alkohol in den Mund spritzte, echte Krebsgeschwülste der Verdauungsorgane zu erzeugen. Mit dem Ergebnis dieser Versuche stimmt die an Menschen gewonnene Beobachtung durchaus überein, daß Alkoholiker verhältnismäßig häufig an Krebs erkranken und daß der Speiseröhrenkrebs bei Männern vier- bis fünfmal so häufig vorkommt als bei Frauen.

Verbandsnachrichten.

Die ausgeschriebenen Stellen für die Gankeisungen in Berlin und Breslau sind besetzt. Gewählt wurde für Berlin der Kollege Otto Martin (Sommerfeld), für Breslau der Kollege Paul Beyer (Kaufung). Allen Bewerbern besten Dank!

Die Abrechnungen für das 4. Quartal haben eingelangt:

- Gas 1: Fallersleben, Obernkirchen, Rinteln.
- Gas 2: Heßstedt, Cöthen, Schöningen.
- Gas 3: Eberswalde, Rathenow, Schneidemühl.
- Gas 4: Grevesmühlen, Grimmen, Plau, Pyritz, Treprow/Rega.
- Gas 5: Insterburg.
- Gas 6: Oelwitz, Oslaw.
- Gas 8: Behlheim, Erfurt, Gräfenthal, Köthz, Mülla, Salzungen, Stadtilm, Wallhausen.
- Gas 9: Schwarzenbach.
- Gas 10: Brackmühl, Osmund, Kempten.
- Gas 11: St. Georgen.
- Gas 14: Aachen.
- Gas 15: Boizenburg, Brake, Flensburg, Geesthacht, Rastenburg.
- Gas 16: Bredelar, Emmersich, Essen, Sagen.

Zahlstelle Aue (Erzgebirge).

Die ausgeschriebene Stelle eines 2. Geschäftsführers ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Ernst Hauslein (Langenbach). Allen Bewerbern für ihre Bemühungen besten Dank! [2,50 M]

Ehrenerklärung.

Die gegen den Geschäftsführer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Flensburg, Herrn Heinrich Zimmermann, ausgesprochene Beleidigung, daß er sich bestechen ließe, nehme ich zurück, weil diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht. Ewald Loderich, Schachtmeister. [3,50 M]

Literarisches.

Ein zentrales Bildungsorgan.

Umgestaltung der „Büchervarte“.

Der Wunsch nach Schaffung eines zentralen Bildungsorgans hat den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranlaßt, eine Umgestaltung und Erweiterung der „Büchervarte“ und „Arbeiterbibliothek“ vorzunehmen. Als Hauptorgan erscheint ab Januar 1929 in einer Stärke von 32 Seiten die bisherige „Arbeiterbibliothek“ unter dem neuen Titel „Sozialistische Bildung“, während die „Büchervarte“ in einem Umfang von 16 Seiten als ständige Beilage mitberücksichtigt wird. Ferner wird als zweite Beilage in einer Stärke von acht Seiten die „Sozialistische Erziehung“ als Organ der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen und der Reichsarbeitergemeinschaft der Kinderfreunde mit herausgegeben. Während in der „Sozialistischen Erziehung“ in eingehender Weise als bisher alle theoretischen und praktischen Fragen sozialistischer Kulturarbeit erörtert werden sollen, wird die „Büchervarte“, die jetzt auch als Organ der neu geschaffenen Zentralstelle für das Arbeiterbüchereisen erscheint, das Gebiet der sozialistischen Buchkritik pflegen und die „Sozialistische Erziehung“ die bedeutsamsten Fragen der Lehrer- und Kinderfreundebewegung behandeln.

Trotz des erweiterten Umfangs ist der Preis wie selber, vierteljährlich 1,50 Mark; Einzelnummern kosten 75 Pfennig. Der Bezug erfolgt am besten durch das Postamt, bzw. durch die Volksbuchhandlung. Probenummern stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, gern zur Verfügung.

Kurt Eisner. Ein Lebensbild. Schriftenreihe des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 16 Seiten. Preis 25 Pf. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919 hat der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit in seiner Schriftenreihe „Arbeiterbibliothek“ ein Kurt Eisner-Buch herausgegeben. Die Schrift, verfaßt von Felix Fehrenbach, dem ehemaligen Sekretär Kurt Eisners, enthält ein Lebensbild des bekannten revolutionären Kämpfers. Da der Verfasser die Vorgänge in den Münchener Revolutionsjahren selbst an der Seite Eisners miterlebt hat, ist er besonders berufen, Kurt Eisner sowohl als Menschen wie auch als Politiker zu zeichnen.

„Soziale Bauwirtschaft“, herausgegeben vom Verband sozialer Bauarbeiter, G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6. Das Heft 3 des 9. Jahrganges ist erschienen und enthält viele interessante Aufsätze, u. a. von Ellinger: „Seht die Arbeitslosen zur Schaffung wirtschaftlicher Werte ein!“, dann von Warnemünde: „Warum Wohnungsmangel?“ und viele andere. Der Bezugspreis der Halbmonatschrift beträgt vierteljährlich 4,50 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,25 Mk.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Größlicher Unfall in der chemischen Fabrik Merck in Darmstadt.

Am Montag, dem 28. Januar 1929, war in der pharmazeutischen Fabrik Merck in Darmstadt der 25 Jahre alte Schlosser Georg Storch mit der Reparatur einer Dampfleitung beschäftigt, wobei er auf einer umgescherten Leiter stand. Diese rutschte aus, und Storch stürzte in eine unter seiner Arbeitsstelle befindliche Pfanne, die mit Kalzium-Sulfat-Lauge gefüllt war. Dabei zog er sich sehr schwere Verbrennungen am ganzen Körper zu, so daß er in das Städtische Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er nach sechs Stunden seinen größten Verletzungen erlegen ist. Der junge Mann war Mitternachtsarbeiter, arbeitsunfähiger Eltern.

Dieser Unfall wirft ein eigenartliches Licht auf die Arbeitsmethoden in dieser Fabrik. Hat der Betriebsleiter, Meister oder Vorarbeiter den Schlosser beauftragt, die Reparatur an dieser Stelle vorzunehmen, so mußte dafür gesorgt werden, daß der Arbeiter, also die Leiter, gesichert wurde. Aber, auch in diesem Falle hätte entweder die unter der Arbeitsstelle befindliche Pfanne geleert oder so abgedeckt werden müssen, daß der Unfall nach menschlichem Ermessen verhütet werden konnte. Die Firma hat es verstanden, ihren Betrieb im besten Licht in der Öffentlichkeit darzustellen. Der Unfall beweist jedoch, daß die unter allen Umständen notwendigste Vorsicht im Betrieb nicht waltet.

Am nächsten Tage hat sich in einer anderen Abteilung der Fabrik eine Explosion ereignet, bei der ein Betriebsleiter verletzt wurde. Näheres über diese Explosion konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, so daß Schlussfolgerungen über die Ursachen nicht zulässig sind.

Der J.-O.-Farbentrust läßt Gewinne verschwinden.

Es ist keine einfache Sache, die Gewinne der J.-O.-Farbenindustrie zum Verschwinden zu bringen, da doch die Dividenden, die die J.-O. an die Aktionäre verteilt, nur einen kleinen Bruchteil der wirklich erzielten Gewinne ausmachen. Die gewöhnlichen Bilanzkünste scheinen nicht ganz auszureichen. Der J.-O.-Farbentrust schreibt nun zur Gründung einer Haltegesellschaft (Holding) in den Vereinigten Staaten, ähnlich wie dies kürzlich vom deutschen Kunstseidentrust Glanzstoff vorgenommen wurde. Der amerikanischen Holdinggesellschaft wird der Farbentrust seinen Aktienbesitz an Betreibungen, die er bei zahlreichen Unternehmungen besitzt, übergeben. Dafür erhält der Farbentrust die Aktien der zu gründenden amerikanischen Holdinggesellschaft. Doch werden diese amerikanischen Aktien nicht unmittelbar in den Besitz des Farbentrustes übergehen, sondern werden in eine andere Holdinggesellschaft, die vom Farbentrust im Juni 1928 in Basel errichtet wurde, in die Internationale Gesellschaft für chemische Unternehmungen, eingebracht. Die Aktionäre der J.-O. werden billige Bezugsrechte erhalten, doch nicht für die Aktien der amerikanischen, sondern der Schweizer Gesellschaft. Auf diese Weise wird der Farbentrust auf dem Umweg über die Schweizer Gesellschaft, die ihr Aktienkapital erhöhen wird, neue Kapitalien erhalten. Der Zweck der doppelten Verschachtelung ist aber auch die Verheimlichung der Gewinne der J.-O. aus ihren Betreibungen. In der Zeitschrift „Magazin und Wirtschaft“ wird hierüber folgendes geschrieben: Durch die Doppelseinbringung und durch die Emission nur der Aktien der an zweiter Stelle auftretenden (Schweizer) Holdinggesellschaft (nicht aber der amerikanischen Gesellschaft selbst) kann die Zusammensetzung der aus dem J.-O.-Besitz (nach Amerika) wandernden Wertpapiere geheimgehalten werden. Die vorgesehene Verschachtelung stellt gewissermaßen zwei Siebe dar, durch die der — in der Öffentlichkeit nicht bekannte — Gewinnertrag eines großen Teiles der Aktienbeteiligungen der J.-O. in stille Reserven verwandelt werden kann, bis ein nach dem freien Willen der Konzernleitung zu bemessender Ertragsüberschuß als Dividende der Schweizer Aktien in Erscheinung tritt. So werden hier Rücklagen geschaffen, die sich der öffentlichen Kontrolle entziehen.

Neubau eines Großstickstoffbetriebes in Belgien.

Pressemeldungen berichten über den Neubau eines Stickstoff-großunternehmens in Belgien. Unter Beteiligung der Union chimique Belge sowie der S. A. Usines Boel Bruxelles wurde eine Gesellschaft mit 50 Millionen Frank, die Société pour la fabrication des engros Azotes, gegründet, die die Fabrikation von synthetischem Stickstoff betreiben soll. Außer der belgischen Fabrik sind neue Werke auch in anderen Ländern, z. B. Polen, im Bau begriffen, so daß hier neue Konkurrenten um den Weltstickstoffmarkt in absehbarer Zeit entstehen werden.

Errichtung einer Fabrik für künstliche Futtermittel.

Wie bereits früher berichtet, ist es Dr. Bergius, dem Erfinder der Kohlehydratierung (Benzin aus Kohle) gelungen, aus Holzabfällen ein künstliches Futtermittel von großem Nährwert herzustellen.

Zur Ausmerzung dieser Erfindung wurde der Bau einer Fabrik in Steffin geplant. Die Besitzerin der Patente ist die Hydrolyse-Aktiengesellschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender Generaldirektor Dr. Bergius ist. An dieser Gesellschaft, die ihr Aktienkapital aus Anlaß des Steffiner Neubaus erhöhen will, ist deutsches und holländisches Kapital beteiligt.

Die obgenannte Gesellschaft stellt lediglich eine Holdinggesellschaft dar, der die Ausnutzung der Bergius-Patente obliegt. Diese Form der Gesellschaftsbildung läßt vermuten, daß beim Gelingen der technischen Großproduktion der Betrieb dieses Fabrikats im In- und Auslande in großem Maßstabe vorgenommen werden soll. Die Steffiner Hydrolysefabrik (Spaltung von Verbindungen durch Wasser-Entnahme) soll auf eine vorläufige Jahresleistung von 60.000 Tonnen eingerichtet werden.

tariffabschlüsse in der Kaliindustrie.

Die am Tarifvertrag für die Kaliindustrie beteiligten Arbeitnehmerorganisationen haben in langwierigen Verhandlungen vorbehaltlich der Zustimmung einer Funktärkonferenz mit dem Arbeitgeberverband der Kaliindustrie folgende Vereinbarung

getroffen:

Zeil II des Schiedspruchs vom 27/28. April 1928 (Mehrarbeitszeitabkommen) läuft bis zum 14. April 1929 weiter und tritt mit Ablauf dieses Tages außer Kraft.

Vom 15. April 1929 an regelt sich die Mehrarbeit in folgender Weise:

Unter Tage wird die Schichtzeit um eine halbe Stunde auf acht Stunden vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt verkürzt.

Innerhalb der Schichtzeit tritt an Stelle der bisherigen Pause eine Betriebspause von 15 Minuten.

Für die nach vorstehendem Absatz geleistete Mehrarbeit wird vom 15. April 1929 an ein fester Sonderzuschlag zum jeweiligen Verdienst in Höhe von 40 Pf. gezahlt.

Aber Tage ist die Schichtzeit der unmittelbar mit der eigentlichen Schachtförderung zusammenhängenden Teile der Belegschaft wie bisher gleich der Schichtzeit unter Tage, mit der



Mäßgabe, daß die Schichtzeit mit Abschluß der Selbstfahrt endet. Die Bestimmung unter I Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

Die reine Arbeitszeit über Tage beträgt vom 15. April 1929 an 8 1/2 Stunden, die Schichtzeit 9 1/2 Stunden.

Aber-Tage-Arbeitern bei solchen Arbeiten, die ihrer Natur nach eine Unterbrechung innerhalb der Arbeitszeit nicht zulassen, soll überlassen bleiben, ihr Frühstück an der Arbeitsstätte zu sich zu nehmen.

Zur Abgeltung der nach § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit in der Fassung vom 14. April 1927 zuschlagpflichtigen Mehrarbeit ist für die über 8 Stunden täglich hinaus tatsächlich geleistete Arbeit ein fester Lohnzuschlag von 15 Pf. je Schicht zu zahlen.

Wo bisher eine Regelung mit kürzeren Schichtzeiten bestanden hat, treten die in Ziffer I Abs. 3 und Ziffer III Abs. III vorgesehenen Zuschläge mit dem Zeitpunkt in Kraft, mit welchem durch Betriebsvereinbarung die in vorliegendem Tarifabkommen festgesetzte Schichtzeit zur Einführung gelangt. Werkleitung und Betriebsvertretung haben wegen Festsetzung des Zeitpunktes der Arbeitsumstellung bis zum 1. März dieses Jahres zu verhandeln.

Die Lohnafel vom 24. Mai 1928 (Lohnafel 1928 Nr. 1) wird mit Wirkung vom 1. Februar 1929 durch die beiliegende Lohnafel ersetzt.

Vorstehendes Mehrarbeitsabkommen sowie die Lohnafel laufen bis 31. August 1930 und sind von da an mit dreimonatiger Frist erstmalig zum 30. November 1930 kündbar.

Berlin, den 22. Januar 1929.

gez. Unterschriften.

Aus dem Wortlaut der Vereinbarung über die Neuregelung der Arbeitszeit geht hervor, daß, trotzdem die Lohnafel erst am 31. Mai 1929 gekündigt werden konnte, gleichzeitig über neue Löhne verhandelt worden ist. Als Ergebnis ist hierbei zu buchen, daß eine durchschnittliche Erhöhung der Schichtlöhne um etwa 8 Prozent erreicht wurde. Für die

Abertags- und Fabrikarbeiter beträgt die Lohnerhöhung in der Spitze 12,7 Prozent. Gleichzeitig wurde eine wesentliche Vereinfachung der Lohnafel herbeigeführt. An Stelle der früheren 11 Lohnklassen der Vollarbeiter gibt es heute nur noch 4 Lohngruppen. Die Lohnerhöhung ist bereits am 1. Februar in Kraft getreten.

Die Funktärkonferenz, welche über Annahme oder Ablehnung der Vereinbarungen entscheiden sollte, hat am 30. Januar in Magdeburg stattgefunden. Nach dem erläuterten Bericht zu den Vereinbarungen setzte eine lebhaft Diskussions und Kritik ein. Zum Schluß wurde jedoch nachstehende Entschliessung mit 156 gegen 12 Stimmen angenommen:

Entschliessung.

Die am 30. Januar 1929 in Magdeburg tagende Vertreterkonferenz der am Tarifvertrag für die Kaliindustrie beteiligten Organisationen nimmt die Vorschläge der Verhandlungskommission über die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an. Sie erblickt in diesen Vorschlägen einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der tariflichen Arbeitszeit.

Die Konferenzteilnehmer sprechen den Verbänden ihr Vertrauen aus und verpflichten sich, für den Ausbau der Organisationen einzutreten, um weitere Erfolge zu erkämpfen.

Arbeitszeit und Löhne in der Kaliindustrie liegen bisher viel zu wünschen übrig. Durch die Annahme der Vereinbarungen der Verhandlungskommission sind wir zweifellos

ein gutes Stück vorwärts gekommen. Vom 15. April an wird die achteinhalbstündige Arbeitszeit eingeführt. Es erfolgt eine Arbeitszeitverkürzung von täglich einer Stunde und eine Schichtzeitverkürzung von eineinhalb Stunden. Die Schichtlöhne werden nicht nur weitergezahlt, sondern es erfolgt gleichzeitig eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 Prozent.

Die Auswirkung der Lohnerhöhung soll an einem Beispiel für einen Fabrikarbeiter erläutert werden, der bisher der Lohnklasse E 11 angehörte. Hier betrug der Schichtlohn einschließlich sämtlicher Zulagen, also Hausstands- und Kindergeld, Kohlendepotatuzgleich und dergleichen, 6,10 Mk. bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit, gleich einem Stundenlohn von 64,2 Pf. Nach der Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beträgt der durchschnittliche Tariflohn einschließlich der Zulagen 6,75 Mk., gleich einem Stundenlohn von 79,4 Pf. bei achteinhalbstündiger Arbeitszeit. Die Lohnerhöhung beträgt in diesem Falle 23,8 Prozent. Das ist immerhin ein Erfolg, der sich sehen lassen kann. Darum hat die Konferenz auch die Zustimmung zu den getroffenen Vereinbarungen gegeben.

Einige unserer Genossen von der linken Fakultät glaubten die Vereinbarungen in Grund und Boden verdammen zu müssen. Das geschah jedoch auf höheren Befehl. Die Direktiven zur Opposition waren in diesem Falle, wie auch bei anderen Vorkommnissen, von Leuten gegeben, die von der Kaliindustrie und gewerkschaftlicher Taktik absolut nichts verstehen. Diese Leute werden wir auch in Zukunft reden lassen. Wir dagegen wollen praktische Arbeit leisten, indem wir die Kaliarbeiter zu weiteren Erfolgen führen.

Papier-Industrie

Die Papierindustrie Russlands.

Die russische Regierung, die nicht nur bestrbt ist, mit Hilfe ihrer Parteioorganisationen die Wirtschaftsverhältnisse des Auslandes möglichst genau kennenzulernen und sie, je nach den Verhältnissen, agitatorisch auszunutzen, sondern die ebenso bestrbt ist, durch Entsendung von Ingenieuren und Technikern die Entwicklung der Produktionstechnik in den ausländischen Betrieben studieren zu lassen, hält andererseits über ihre eigenen Wirtschaftsverhältnisse — man möchte fast sagen absichtlich — einen nahezu unurchsichtigen Schleier. Infolgedessen können die russischen Wirtschaftsverhältnisse nur nach den seltenen Angaben in der offiziellen Parteipresse und in der regierungsseitig scharf kontrollierten Fachpresse beurteilt werden.

Zahl der Betriebe in der Papiererzeugungs-Industrie.

Im Jahre 1927 waren in der russischen Papiererzeugungs-Industrie 53 Werke mit insgesamt 119 Papier- und Kartonmaschinen vorhanden. Die Strohweite sämtlicher Papiermaschinen betrug 244.080 Millimeter oder 2.050 Millimeter pro Maschine im Durchschnitt. Es dürfte sich dabei um sehr viele alte und technisch rückständige Papiermaschinen handeln. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß innerhalb der täglich 24stündigen Schichtzeit die Papiermaschinen nur 12,1 Stunden ausgenutzt werden konnten.

Ferner waren vorhanden in der Zellstoffindustrie 31 Kocher mit einem Kochraum von 2837 Kubikmeter und in der Strohhaltindustrie 17 Kocher mit insgesamt 189 Kubikmeter Kochraum. In der Holzstoffindustrie waren insgesamt 107 Schleifer vorhanden.

Zahl der beschäftigten Arbeiter.

In den gesamten Werken der Papiererzeugungs-Industrie wurden 1927/28 rund 30.600 Arbeiter beschäftigt. Die durchschnittliche Arbeitsleistung pro Monat und Arbeiter betrug nur 21,1 Tag. Von der Fachpresse wird diese geringe Ausnutzung der monatlichen Leistungsmöglichkeit auf Organisationsfehler und schlechte Arbeitsdisziplin zurückgeführt.

Die Produktion im 3. Quartal 1927/28.

Das russische Wirtschaftsjahr beginnt mit dem 1. Oktober und endet mit dem 30. September eines jeden Jahres. Infolgedessen handelt es sich bei den nachstehenden Produktionszahlen um das Produktionsergebnis, das Ende Juni 1928 vorlag. Dasselbe gestaltet sich folgendermaßen:

Erzeugung	Zahl der Papiermaschinen, Schleifer oder Kocher	Produktion im III. Quartal 1927/28	Produktion pro
		Tonnen	Tonnen
Papier	119	67.393	Papiermasch. 372
Karton	—	9.340	
Zellstoff	31	21.318	Kocher 687,7
Strohstoff	17	7.367	Kocher 433,3
Holzstoff	107	21.820	Schleifer 203,5
Haderstoff	—	4.950	

Die Wirtschaftsabteilung der russischen Regierung stellt jeweils Produktionsvoranschläge für die einzelnen Industriezweige fest. Im vorstehenden Falle wurden bei der Papiererzeugung 90 Prozent und bei der Kartonherstellung 70 Prozent des Voranschlags erreicht, dagegen bei der Zellstoffherstellung derselbe um 10 Prozent überschritten.

Rationalisierung und Produktionserhöhung.

Rationalisierungsmaßnahmen sind eine Ausgeburt des modernen Kapitalismus zur Vernichtung der Arbeiterklasse. So ungefähr lautet in einem Satz ausgedrückt die Parole aus Moskau, die von den Sektionen der kommunistischen Internationale in den einzelnen Staaten genau befolgt und der Arbeiterklasse gepredigt wird. Natürlich verschweigt man dabei, daß man kaum in einem kapitalistischen Staate denartig bestrbt ist, durch Rationalisierung die Produktion zu fördern, wie in Russland. Ein treffendes Beispiel dafür gibt die russische Fachzeitschrift „Sammashnaja Promyshlennost“, die den Produktionsvoranschlag für die russische Papiererzeugungs-Industrie für die Wirtschaftsjahre 1928/29 und 1929/30 wiedergibt. Demnach soll sich die Produktion der Papiererzeugungs-Industrie in diesen Jahren folgendermaßen gestalten:

Luft oder Betriebe	1928/29	1929/30
	Tonnen	Tonnen
Volker Luft	20.000	41.000
Kondopog-Verband	4.000	18.000
Sjas Stofabrik	3.000	4.500
Sinowjew-Fabrik	16.000	20.000
Nowo-Ujaln-Fabrik	—	5.000
Feld der Arbeit	—	7.000
Kofer Stern	1.800	2.500
Sokol	12.700	14.700
Dkulowka	6.400	9.400
Kleinere Fabriken	600	1.200
Insgesamt	64.500	123.300

Der Vergleich dieser beiden Vorschläge ergibt also, daß innerhalb eines Produktionsjahres beschlachtet ist die Gesamtproduktion um nahezu 100 Prozent zu erhöhen.

Nicht genug damit, soll bis zum Geschäftsjahr 1932/33 durch Erhöhung fünf neuer Betriebe die Produktion übermalt um 260 000 Tonnen gehoben werden.

Die Herstellungskosten.

Wie überall, so ist natürlich auch in Rußland der Zweck aller Rationalisierungsmaßnahmen, nicht nur die Produktion zu erhöhen, sondern auch die Produktionskosten herunterzudrücken.

Table with 4 columns: Paper type (Papierart), 1927/28, 1928/29, 1929/30, 1932/33. Rows include Zeitungspapier, Druck- und Schreibpapier, and Einschlagpapier.

Man sieht also, daß auch die sogenannten sozialisierten russischen Staatsbetriebe echt kapitalistisch zu wirtschaften verstehen.

Privatkapitalismus in Großbetrieben.

Der Zweck der bolschewistischen Wirtschaftsstruktur war, den Kapitalismus zu vernichten und an seine Stelle als alleinigen Machthaber in der Wirtschaft den Staat zu setzen.

Als ein Zeichen des Wohlstandes der russischen Arbeiterschaft und als ein Zeichen der Beseitigung der Wohnungsnot in Rußland kann die Tatsache sicher nicht angesehen werden, daß der zentralisierter Zementmarkt im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1927/28 nur 75 Prozent seiner planmäßige festgestellten Produktion absetzen konnte.

Die russische Holzindustrie.

Ein wichtiger Faktor der russischen Handelsbilanz war vor dem Kriege die Ausfuhr von Holz. Deutschland, das vor dem Kriege 80 Prozent seines Papierholzesbedarfes aus dem russischen Markte deckte, bezog heute von Rußland fast gar nichts.

Lebne in der Papiererzeugungs-Industrie.

Wiederholt haben wir schon darauf hingewiesen, daß die russischen Papierarbeiterlöhne in Europa an letzter Stelle stehen.

Der durchschnittliche Tagesverdienst eines russischen Papierarbeiters betrug im Jahre 1928 2,65 Rubel oder 5,90 Mark.

Die niedrigen russischen Papierarbeiterlöhne sind bereits auch ein Hindernis für deutsche Papiererzeugungs-Industrielle geworden.

So hat er (der russische Papierarbeiter) eine ganz außerordentlich niedrige Lebensmittelpreise zu zahlen.

So hat er (der russische Papierarbeiter) eine ganz außerordentlich niedrige Lebensmittelpreise zu zahlen. Ferner bekommt er für sich und seine Familie Lebensmittel, Bekleidungsstücke teils kostenlos, teils zu ganz niedrigen Preisen.

So hat er (der russische Papierarbeiter) eine ganz außerordentlich niedrige Lebensmittelpreise zu zahlen. Ferner bekommt er für sich und seine Familie Lebensmittel, Bekleidungsstücke teils kostenlos, teils zu ganz niedrigen Preisen.

So hat er (der russische Papierarbeiter) eine ganz außerordentlich niedrige Lebensmittelpreise zu zahlen. Ferner bekommt er für sich und seine Familie Lebensmittel, Bekleidungsstücke teils kostenlos, teils zu ganz niedrigen Preisen.

So hat er (der russische Papierarbeiter) eine ganz außerordentlich niedrige Lebensmittelpreise zu zahlen. Ferner bekommt er für sich und seine Familie Lebensmittel, Bekleidungsstücke teils kostenlos, teils zu ganz niedrigen Preisen.

So hat er (der russische Papierarbeiter) eine ganz außerordentlich niedrige Lebensmittelpreise zu zahlen. Ferner bekommt er für sich und seine Familie Lebensmittel, Bekleidungsstücke teils kostenlos, teils zu ganz niedrigen Preisen.

gewiß nicht dafür, daß der Lohn für den russischen Arbeiter nur noch die Form eines Taschengeldes besitzt.

Die Arbeitszeit in der Papiererzeugungs-Industrie.

Wir haben bereits in Nr. 41, Jahrgang 1928, des 'Proletarier' darauf hingewiesen, daß die russische Arbeitsgesetzgebung nicht nur eine Fülle von Überstunden, sondern auch das Zweischichtensystem zu läßt von dem auch in der russischen Papiererzeugungs-Industrie Gebrauch gemacht wird.

Daß in Rußland in Alkohol gearbeitet wird (was an sich gegen die sozialistische Theorie geht), hat seinen Grund darin, daß es der Sowjetregierung darauf ankommen muß, die industrielle Produktion möglichst zu forcieren.

Also, trotzdem nach dieser Quelle der Barlohn nur ein Taschengeld bildet, wird doch zugesehen, daß auch die russischen Arbeiter, genau wie ihre übrigen europäischen Kollegen, im Alkohol schuften müssen, um den Profit der Unternehmer zu heben.

Die 'Notwendigkeit' des Profites.

Sehr treffend hat ein bürgerlicher Nationalökonom einmal gesagt: 'Ohne Profit raucht in der kapitalistischen Gesellschaft kein Schornstein.'

Eine Papierarbeiterkonferenz.

Am Sonntag, dem 27. Januar, in Halle a. d. S. (Volkspark), für den Gau Magdeburg. Anwesend waren 25 Delegierte, darunter eine Kollegin.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen der Wunsch geäußert, den Lohnsatz zu erhöhen, da die Löhne in der Papierindustrie zu niedrig sind.

Die am 27. Januar 1929 in Halle (Volkspark) versammelten Vertreter der Papierarbeiterchaft im Gau 2 fassen fest, daß der Gesamtarbeitsvertrag für die Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie verschiedene Mängel aufweist.

Nahrungsmittel-Industrie.

Wie können die Zuckerarbeiter reich werden?

Wenn Lesen dieser Überschrift werden unsere Kollegen der Zuckerindustrie den Kopf schütteln, und doch gibt es Leute, die sich darüber den Kopf zerbrechen, wie die Zuckerarbeiter sich ein Vermögen anfangen können.

Dr. W. meint, ein großer Reichtum der Sozialversicherung sei, daß ihr Apparat die Versicherung zu stark belastet. Die Leistung entspricht nicht dem Eintrag. Was will nun Dr. W. an die Stelle der heutigen Sozialversicherung setzen?

Infolge der Voraussetzungen dafür schafft. Was das für eine Leistung sein soll und wie sie zusammengelegt ist, darüber sagt Dr. W. nichts.

Von diesem Sparkonto sollen nun alle Aufwendungen für den Arzt und die Apotheke bestritten werden. Auch Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung soll davon gezahlt werden.

Stellen wir uns vor, die Reichsparkasse richtet für jeden Arbeiter, Angestellten usw. ein besonderes Konto ein. Hierfür werden all die kleinen Beträge, die eingegeben, wöchentlich oder monatlich gutgeschrieben.

Die heutige Sozialversicherung beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der Solidarität. Sie hat trotz mancher Mängel viel Gutes geschaffen. Ihr Zweck ist, gerade jenen Unglücklichen zu helfen, die entweder durch Unfall zum Krüppel werden oder die häufig krank sind usw.

Die Zeitschrift 'Die deutsche Zucker-Industrie' nimmt ebenfalls Stellung zu dem Gegenstande in dem bezeichneten Artikel. Sie läßt sich aus ihrem Leserkreis über diesen Artikel berichten und benützt diese Gelegenheit, über den gegenwärtigen Mißbrauch, der mit der sozialen Fürsorge getrieben wird, zu schimpfen.

Geschäftsergebnisse in der Zuckerindustrie.

Aus der Zuckerindustrie liegen erneut zwei Geschäftsergebnisse von größeren Unternehmen für das letzte Geschäftsjahr vor, und zwar von der Zucker-Raffinerie Langermünde, U.-O., und von der Zucker-Siederei Steffin, U.-O.

Der Bericht weist einen Reingewinn von 721 593 Mark auf. Das Aktienkapital oder, wie es im Bericht heißt, das Grundvermögen beträgt 11 600 000 Mark.

Man muß bei der Betrachtung dieses Abchlusses berücksichtigen, daß die Betriebsanlagen der Zucker-Raffinerie Langermünde nicht voll ausgenutzt werden. Der Betrieb verarbeitete in der Vorjahreszeit ein bedeutend höheres Quantum Zucker als heute.

In dem Bericht der Pommerischen Provinzial-Zucker-Siederei zu Steffin wird zunächst darauf verwiesen, daß die Pächter nicht die Menge Rohzucker anliefern, wozu sie verpflichtet gewesen wären.

Der Verband hat im letzten Jahr einen Überschuss von 250.000 Mark erzielt, der für die Erweiterung des Gebäudes verwendet werden soll. In der letzten Sitzung des Ausschusses am 10. Dezember wurde beschlossen, die Erweiterung des Gebäudes auf 11.000 qm zu veranlassen. Die Kosten hierfür werden auf 1.200.000 Mark geschätzt. Der Rest wird auf Unterhaltungen und auf neue Anschaffungen verwendet.

Auch dieser Bericht zeigt nicht so aus, als ob es der Jahresabschluss schlecht geht. Wenn die Vorjahresschritte nur 6 Prozent erhöht, so muß berücksichtigt werden, daß dieses Kapital nur 6000 Mark beträgt. Das Stammkapital indes beträgt 1.200.000 Mark. So daß man sagen kann, daß die Dividende 11 Prozent beträgt. Berücksichtigen wir auch hier, daß dieser Betrieb eigentlich nicht selbständig arbeitet, sondern von der Vereinigung der Holzhandwerker gewartet ist; berücksichtigen wir ferner, daß die Holzhandwerker nicht von den umliegenden Holzhandwerkern selbst geliefert, sondern zum Teil aus anderen Gebieten herbeigeführt werden mußten, dann kann man auch diesen Abschluß nicht als schlecht bezeichnen.

Verfälschtes Judentum

Verfälschtes Judentum

Der Mensch ein volkswirtschaftliches Gut darstellt, darüber besteht in der Wirtschaftswissenschaft einheitliche Auffassung. Einseitige Auffassung besteht auch darüber, daß mit diesem volkswirtschaftlichen Gut pflegsam umgegangen werden muß. Das ist Theorie. In der Praxis sieht es anders aus. Da herrscht das kapitalistische Eigentum, das seinem Wesen nach Schonung des volkswirtschaftlichen Gutes "Mensch" nicht kennt, aber dieses volkswirtschaftliche Gut.

Nur dem Umstände, daß eine Arbeitsschutzgesetzgebung vorhanden ist, es zu verdanken, daß das kapitalistische Eigentum nicht mehr in seiner ihm eigenen Form über die von ihm abhängige Menschheit herrschen kann. Es ist in seinem rücksichtslosen, brutalen Lauf gezügelt worden. Die Zügelhalter sind die organisierten Arbeiter. Je nachdem sie festgelegt oder weniger festgelegt in ihren Organisationen zusammengefaßt sind, werden sie die Zügel, die sie dem kapitalistischen Eigentum angelegt, fester oder lockerer in ihren Händen halten.

Die Erkenntnis, daß der Mensch ein volkswirtschaftliches Gut darstellt, mit dem vorsichtig umgegangen werden muß, ist in Verbindung mit der Tatsache gereift, daß die Wirtschaft andere Formen angenommen hat. Sie hat sich von dem Zustande des Kleinhandels und -handels zum Zustande der Großindustrie und des Handels entwickelt.

Mit der Umformung der Wirtschaft hat sich auch das Wesen der Berufswahl der volkschulclassen Jugend geändert. In der Zeit des Kleinhandels und des Handels war die Berufswahl leichter als heute. Die Kinder waren mit der Arbeit des Vaters, des Nachbarn, der Verwandten und Bekannten, die selten einseitlich war, vertraut.

Sehr anders ist es heute. Im allgemeinen haben die Kinder von Grund auf keinen Schimmer mehr davon, was Beruf oder Arbeit bedeutet. Der Vater oder auch die Mutter werden als Geldverdiener, als Unterhalter der Familie betrachtet, nicht als Werte schaffende Menschen. Ein großer Kulturverlust unserer Zeit! Aber nicht nur den Kindern von heute ist der Begriff "Beruf" und "Arbeit" entfremdet, sondern auch Erwachsenen. Es gibt sehr viele Erwachsene, die sich ihren Beruf nicht erklären können; sie leben denselben nur des Erwerbs willen unter dem Druck der Verhältnisse aus. Die amtlichen Berufsberatungstellen sind zum Teil aus dieser Erkenntnis heraus entstanden.

Sie haben die Aufgabe, die Seele des Kindes zu erforschen und ihm den rechten Weg ins Berufsleben zu eröffnen. Eine vorsichtig arbeitende amtliche Berufsberatung sichert sich die Mitarbeit der Volksschule. Dort ist der eigentliche Platz, wo innerhalb von acht Jahren bei sorgfältiger Prüfung unter Anwendung wahrhafter Pädagogie und pädagogischer Mittel zum großen Teil die Kindesseele ergründet werden kann. Der Berufsberatung dürften solche eingehende Ergründungen unschätzbare Dienste leisten. Dabei soll nicht außer acht gelassen werden, daß mancher Lehrer von heute, dem die Ergründung der Kindesseele aufgegeben ist, danebenhauen wird. Das wird namentlich bei solchen Lehrkräften in Erscheinung treten, die von der wahrhaften Pädagogie recht wenig in sich aufgenommen haben. Die Berufsberatung muß auch diesen Umstand mit in Rechnung stellen.

In der konservativen Bildungszeit war die Berufsausbildung bestimmt durch den Stand der Eltern. Der Sohn durfte nur einen Beruf ergreifen, der dem Ansehen des Standes entsprach. Das Schlagwort der liberalen Bildung, "Freie Bahn dem Tüchtigen", mußte sich tollkühnen, weil diese geflügelten Worte sich als unwahr erwiesen haben. Die sozialistische Bildungsform, wonach die körperlichen und geistigen Talente in den Vordergrund gestellt werden sollen, ist heute noch nicht allgemein geworden. Die Verwirklichung scheitert in den meisten Fällen an der Not der Eltern. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung zwingt die in ihr lebenden Proletarierkinder aus wirtschaftlicher Not, ihre Kinder in den Produktionsprozess hineinzupressen.

Die körperlichen und geistigen Talente des proletarischen Kindes werden in den meisten Fällen nicht berücksichtigt. Alle diese Fälle bedeuten einen Verlust für die Volkswirtschaft. Gerade aus dieser Feststellung geht hervor, daß eine gut auszubauende Volksschule und Berufsberatung auf der einen Seite, die Organisationen der wirtschaftlich abhängigen Gesellschaftsschicht auf der anderen Seite, noch recht viel Arbeit zu leisten haben, um einen gesellschaftlichen Zustand zu schaffen, der eine zweckmäßige Verwendung des volkswirtschaftlichen Gutes "Mensch" sicherstellt. Das ist die Entwicklung im allgemeinen und das Wollen der wirtschaftlich abhängigen Gesellschaftsschicht.

Wie sieht es nun bei der Berufswahl in der Heimarbeit aus? Daß die Kinder nicht wissen, was Arbeit bedeutet, trifft trifft hier nicht zu. Für sie ist sie zum Fluch geworden. Sie hassen in der Regel die Arbeit, in der sie aufwachsen. Das trifft vor allen Dingen dort zu, wo sich dieselbe der Heimarbeitler schon in dem zartesten Alter bemächtigt. Die Sehnsucht nach anderer Beschäftigung ist groß! Diese Seh-

nacht wird leider nur in den wenigsten Fällen erfüllt zum Teil ist es Not, zum Teil aber auch Kürzlichkeit der Eltern, wenn den Schulclassen Jungen oder den Mädchen von seiten der Eltern die Pflicht auferlegt wird, in der Heimarbeit zu verbleiben, um so das Heer der hungerigen Mäuler vergrößern zu helfen.

Es steht fest, daß fast in allen bodenständigen Hausindustrien ein Überangebot von Arbeitskräften vorhanden ist. Der größte Feind dieser Überlegung ist Lohndruck und Lohnunterbietung. Die Folgeerscheinungen: Unterernährung, Kränklichkeit, körperliche und geistige Verkümmern. Entgegengewirkt kann diesen Gefahren auch damit werden, daß die Heimarbeitlerkinder der bodenständigen Hausindustrie ihre Schulclassen Kinder aus der Heimarbeit in einen anderen Beruf zu verpflanzen suchen. In Verbindung mit der Berufsberatung ist das möglich. Vor allem wird aber damit den Heimarbeitlerkinder und auch der Industrie am besten gedient.

Der Zustand, daß in der Heimarbeit das vor seiner Schulentlassung stehende Kind nur den Wunsch nach einem Beruf haben, denselben aber nicht ergreifen darf, gehört zu den traurigsten Kapiteln der menschlichen Gesellschaft.

Das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland hat sich seit Jahren mit den Verhältnissen in der Sächsischen Hausindustrie beschäftigt. Es sind Ermittlungen über die schwierigen Arbeitsmarktsverhältnisse und die Möglichkeit ihrer Besserung angestellt worden. Der Bericht über die Ermittlungen kommt, nachdem er eine eingehende Schilderung der Verhältnisse vorgenommen hat, zu dem Schluß, daß zur Besserung der Verhältnisse eine Sonderaktion notwendig ist.

Auch dieser Bericht sieht die Grundlage der Sonderaktion in Volksschule und Berufsberatung.

Kapitalistische Arbeitstellung.

Es ist richtig, daß Reichtum eine Anbahnung von Arbeit ist, nur ist es dabei gewöhnlich so, daß der eine die Arbeit verrichtet und der andere die Anbahnung. Und das wird dann von klugen Leuten Arbeitstellung genannt. Leo Tolstol.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin, Heinrich Lentel. Die deutsche Gewerkschaft hat einen Kameraden verlor. Kollege Heinrich Lentel ist plötzlich an den Folgen eines Herzschlages gestorben. Heinrich Lentel war am 2. Mai 1881 im Glaser Gebirge geboren und hatte dort den Beruf eines Glaschleifers ergriffen. Das Leben führte den jungen Kollegen sehr bald in die Fremde und Lentel fand Arbeit als Glaschleifer in der Glasfabrik Rupperts. Die Verhältnisse in diesem Betrieb waren nicht besonders günstig, und da unser Kollege ein sehr geschickter Arbeiter war, fand er lohnendere Arbeit als Buchstabenstecher in Berlin, jedoch mußte Kollege Lentel immer mit langer Arbeitslosigkeit rechnen, denn die Buchstabenstecher waren Saisonbetriebe. So übten die Sorgen nie aus. Dazu kam, daß unser Heinrich, wie er kurz genannt wurde, eine Kampfmutter war, der immer für die Interessen der Kollegen war. Lentel verdankte mir es, daß wir den großen Streik der Flaschenmacher im Jahre 1901 zu einem glücklichen Abschluß bringen konnten. Er wurde im Auftrage des Hauptvorstandes nach England geschickt und durch seine Bemühungen erhielten wir von den englischen Kollegen anerkannterwertige Unterabteilungen, um den Kampf weiterführen zu können.

Auf Antrag unseres Kollegen Lentel wurde im Jahre 1897 der 5. Kreisverband von Bergedorf nach Berlin verlegt und Lentel trat als Mitglied in den Hauptvorstand ein.

Im Jahre 1908 wanderte Kollege Lentel mit seiner Familie nach Amerika aus, kehrte aber bereits 1911 nach Deutschland zurück. Seine ganze Kraft setzte Kollege Lentel wieder im Interesse der Kollegen ein und seinem Wirken war es zu danken, daß die Organisation so stark wurde, daß sie den Kollegen Heinrich Lentel am 1. Mai 1914 in Berlin als Lokalbeamten anstellen konnte. Als Angestellter war unser Heinrich der beste Sachwalter unserer Kollegen in Berlin. Außerst gewissenhaft und pünktlich, hat er die Interessen der Kollegen jederzeit zu wahren gewacht. Ausgerüstet mit einer geradezu unbegrenzten Geduld, schenkte er vor keiner Arbeit für den Verband zurück. Mit der Verschmelzung hat sich Kollege Lentel nie recht abgefunden gewacht, und diesen Gedanken sprach er auf dem Verbandstag in Göttingen ganz offen aus, aber als treuer Kamerad fügte er sich der Abstimmung. Sehr bald nach der Verschmelzung, am 1. Januar 1927, trat er in den Ruhestand. Als 68jähriger wollte er einige Jahre der Ruhe genießen. Aber schon am 31. Januar 1929 erlag er einem Herzschlag. Ein Leben voll harter Mühe und Arbeit ist beendet. Ein Sohn des Volkes wollte Kollege Lentel kein und ist er geblieben. Sein Gedanke aber wird fortleben, und wir wollen in keinem Geiste weiterwirken. Damit ehren wir das Andenken unseres alten Kämpfers am besten.

Chemnitz. Die Zahlstelle hielt am Sonntag, dem 20. Januar, im Volkshaus zu Chemnitz ihre diesjährige ordentliche Delegierten-Generalsammlung ab. Anwesend waren 81 Delegierte und elf Mitglieder der Ortsverwaltung. Nach der Eröffnung der im abgelaufenen Geschäftsjahr gestorbenen Mitglieder ersetzte Kollege Siegmund den Geschäftsführer. In den verflochtenen Industriellen sind Lohnverhältnisse von 4 bis 10 Pfennig pro Stunde erreicht worden. Ohne den Verband wäre sicher in einzelnen Branchen Lohnabbau erfolgt. Betreffs Verkürzung der Arbeitszeit waren auch in abgelaufenen Geschäftsjahr Erfolge zu verzeichnen. Das Betriebsrätewesen bedarf noch in vielen Betrieben des Ausbaues. Leider ist noch immer eine Anzahl Betriebe ohne Vertretung, so daß die Beschäftigten dadurch ihrer Rechte aus dem VAW verlustig gehen. Der Ausbau des Vertrauensmännerwesens ist dringend notwendig, denn nur dort, wo es ausgebildet ist, hat die Gewerkschaft Nutzen erzielt. Die Zahl der Mitglieder ist gesunken um 42 auf 5696; trotzdem gilt es, alle dem Verband noch fernstehenden Kollegen für diesen zu gewinnen. 1289 Sitzungen, Versammlungen, Verhandlungen, Vertretungen usw. wurden abgehalten bzw. wahrgenommen. Vor den Arbeitsgerichten usw. sind insgesamt 60 Klagen in 94 Terminen vertreten worden; gewonnen wurden davon 34 Prozesse, durch Vergleich erledigt 13, verloren 10, noch nicht erledigt 3 Klagen. Wiedereinstellung der Kläger wurde in 3 Fällen erreicht. Ausgeholt wurden insgesamt zum Nutzen unserer Kollegen 423 Mark. Den Kassenbericht ersetzte der Kollege Eger. Er bemängelte, daß ein Reihe von Kollegen leider die Extramarken, die bereits im Jahre 1928 bezahlt werden mußten, noch nicht reiflos bezahlt haben. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Kamerad bedauert, daß die Fiktionalisten innerhalb der Zahlstelle immer noch eine betrübliche sei. Erstreckt ist, daß die neuen Beiträge bei den Mitgliedern im Gegensatz zu früheren Erhebungen nicht auf Widerstand stoßen. Eine ganze Reihe von Kollegen zahlt höhere als statutenmäßig vorgesehene Beiträge. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Der Ortsverwaltung wurde in einer Entschließung das Vertrauen ausgesprochen. In einer weiteren Entschließung gegen

wenige Stimmen angenommen, stellt die Versammlung mit Befriedigung fest, daß der Verband die Einführung der Invalidenunterstützung in unserem Verbands beschlossen hat und daß dieser Unterstützungszweig in kommander Zeit ausgebaut werden muß. Es ist klar, aber auch klar darüber, daß der Verband diese neue Aufgabe nur erfüllen kann, wenn ihm die notwendigen Mittel dazu von der Mitgliedschaft zur Verfügung gestellt werden; sie ist sich auch klar darüber, daß der Verband die übrigen Unterstützungsleistungen in der vom Verbandstag beschlossenen Form auch für die Zukunft nur aufrechterhalten und ausbauen kann, wenn jedes Mitglied seinen nach dem Statut vorgeschriebenen richtigen Beitrag zahlt. Der Mindestbeitrag in der Zahlstelle für weibliche Mitglieder darf nicht niedriger als 60 Pf., der für männliche Mitglieder nicht niedriger als 1,10 Mk. sein. Eine Resolution betreffs Sonderfürsorge der berufstätigen Arbeitslosigkeit wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß man nicht nötig habe, das eigene Nest zu beschützen, zumal die Gewerkschaftsvertreter und die Sozialdemokraten im Reichstag sich die rechtliche Hilfe gegeben haben, das Gesetz nach ihren Wünschen zu gestalten. Angenommen wurde ein Antrag, der die Ortsverwaltung ermächtigt, den Ankauf eines Autos in Erwägung zu ziehen. Dann wurde zur Beratung des neuen Ortsstatuts geschritten. Der "Kämpfer" hatte sich sofort nach Bekanntwerden der Tagesordnung an die Delegierten mit diesem Ortsstatut befaßt, und Kollege Siegmund stellt die wichtigsten Punkte und bündigen Angaben fest. Siegmund stellt fest, daß die Ortsverwaltung nicht mehr wie bisher von den Chemnitzer Mitgliedern, sondern von der Delegiertenversammlung gewählt werden soll. Der "Kämpfer" hatte behauptet, daß bereits die Wahlen zu der diesjährigen Delegiertenversammlung nach dem neuen Statut vorgenommen worden wären, obwohl dieses noch gar nicht angenommen worden sei. Auch die anwesenden Mitglieder von der SPD, mußten zugeben, daß das nie und nirgends der Fall gewesen sei. Überhaupt mußten diese Statuten eine nicht gerade angenehme Rolle spielen. Sie mußten lassen, daß die eingereichten Anträge in der Sachverhalte-fabrikier werden sind — das ergab der gleiche Wortlaut der aus verschiedenen Bezirken eingereichten Anträge — und sie hatten nicht einmal den Mut, nachdem dies festgestellt war, diese ihre fabrikmäßige hergestellten Anträge zu begründen. In Zukunft können sie sich das Abschreiben ersparen, denn jeder, der den "Kämpfer" liest, weiß auch ohnedies, woher diese Anträge stammen. Gegen 8 Stimmen wurde hierauf die alte Ortsverwaltung wiedergewählt; für einen ausgetauschten Kollegen wurde Kollege Mähold aus der Seifenindustrie nengewählt.

Flaßow. Die hiesige Ortsgruppe feierte am 1. Februar 1929 ihr zehnjähriges Bestehen. Kollege Siegmund begrüßte die Erschienenen, darunter auch den Genossen Schlichtholz, der im Auftrage der hiesigen Ortsgruppe der SPD, an der Feier teilnahm. Einige Musikvorträge veranschaulichten die Veranstaltung. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Festsprache des Kollegen Schmidt. Er führte u. a. aus: Zehn Jahre sind in der Arbeiterbewegung eine kurze Spanne Zeit, aber trotzdem können wir mit Freude und Stolz feststellen, daß wir nicht nur im Interesse unserer Mitglieder, sondern auch im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung ein gutes Stück Arbeit geleistet haben. Aber noch stolzer können wir darauf sein, daß wir nicht zu denen gehören, die abseits der Kampffront stehen, aber sobald Vorteile erkämpft sind, sich hervorwagen, um zu ernten, wo sie nicht gesät haben. Anständig schilderte der Kollege Schmidt die Kämpfe und Schwierigkeiten, die die Gewerkschaften und mit ihnen die Zahlstelle Flaßow nach Kriegsende und in der Inflationszeit zu bestehen hatten. Er dankte allen Mitgliedern, die durch diese schweren Jahre hindurch der Zahlstelle und dem Verbands der Gewerkschaften Deutschlands die Treue gehalten und durch ihre Mitarbeit die Zahlstelle zu ihrem heutigen Stande geführt haben. Darauf erfolgte eine Eröffnung der Kollegen, die seit der Gründung der Zahlstelle ununterbrochen Mitglieder der hiesigen Organisation waren. Mit einem gemeinsam gesungenen Liede schloß die erdruckende Feier.

Höhr-Grünhagen. Am Sonntag, dem 27. Januar, fand im Eigenheim des Verbandes in Höhr-Grünhagen die Kreisversammlung der Bezirkszahlstelle statt, zu der die gewählten Delegierten reiflos erschienen waren.

Der Kreisvorsitzende, Kollege Peter Rehr, dankte dem alten Vorstand für die im verflochtenen Jahre geleistete Mitarbeit im Interesse der Zahlstelle. Hierauf erfolgte die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Seeger wird der Kollege Comes (Niederachheim) gewählt. Dann wurden die vorliegenden Anträge erledigt. Der Antrag der Gewerkschaften auf Abänderung des Anteils der Filialen wird nach eingehender Begründung des Kollegen Oke einstimmig angenommen, und zwar beträgt der Anteil vom 1. Januar an nicht mehr 9 Prozent, sondern 7 1/2 Prozent. Ein Antrag der Gewerkschaften, daß der Bezirksvorstand einsehl. Haukommision ermächtigt ist, je nach den Verhältnissen Abtragungen des Hauptkontos bei der Treuhänderverwaltung Hammer vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Beschlossen wird, daß für die Zukunft die jeweiligen Verordnungen und Kassierer der Filialen Höhr-Grünhagen, Würges und Nollstein gleichzeitig Kreisassistenten-Delegierte sind. Als nächster Tagungsort der Kreisversammlung wird Straubach einstimmig gewählt. Kollege Oke erklärte eingehend die Bestimmungen der Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit, die in unserer Bezirkszahlstelle sich sehr scharf ausgeprägt hat, weil die Mehrzahl der Mitglieder diesen Berufsgruppen angehört. Kollege Oke konnte bekanntgeben, daß auf rechtzeitigen Einspruch seitens der Organisation im Verbands des Arbeitssamts Niederachheim und Lokalt-Industrie und Chamotte-Industrie sowie Anarbeitsämter des Landesarbeitsamtes Frankfurt a. M. wieder aus der Sonderfürsorge gestrichen wurden und zur Zeit für unseren Bezirk nur noch die Frage der Tongruben Streitigkeit bleibt. Die Bezirksleitung wird bemüht sein, auch für diese das gebührende Material zur Verfügung zu stellen, um den Einspruch gegen die Einziehung in die Sonderfürsorge wirksam begründen zu können. — In Stelle des verabschiedeten Kollegen Rehr leitete dann Kollege Gerhard die Bezirkskonferenz. Der Geschäftsführer, Kollege Oke, gab den Jahres- und Kassenbericht. Beim Abschluß des Jahres 1928 kann gesagt werden, daß die Bezirkszahlstelle Höhr-Grünhagen eine stetig aufwärtsstrebende Entwicklung zeigt und die Stabilität des Mitgliederbestandes in den Filialen als gut bezeichnet werden muß. In Straubach ist großes Betätigungsfeld vorhanden und wird dort alles versucht werden, die Kollegen reiflos der Organisation zuzuführen. In der feinsten und großartigsten Industrie und teilweise in der feuergefährlichsten Industrie hat die Unterabteilung der wesentlichen Beiträge seitens der Hausklasse zur Verfügung gestellt werden. In der Weihnachtswoche war die Erwerbslosenliste der keramischen Industrie mit mindestens 90 Prozent zu bewerten. Ein Vertrauensantrag für den Vorstand und den Geschäftsführer wird einstimmig angenommen. Kollege Oke dankt für das Vertrauen und bittet um treue Mitarbeit aller Funktionäre. Der Bezirksvorstand für das Jahr 1929 besteht aus folgenden Mitgliedern: Peter Rehr, 1. Bevollmächtigter, Hans Oke, 2. Bevollmächtigter und Geschäftsführer, Joh. Fel. Kamp, Revisor, H. Gerbar, Revisor, Joh. Comes, Fr. Eder, Eugen H. Hugo Ernst, Karl Witzack, Rud. Graf, Revisor. Der zur Beratung stehende reichhaltige Stoff wurde in fleißigster Beratung in äußerst sachlicher, kollegialer Weise durchgearbeitet. Hans Oke.

Hamburg. Jahresbericht. Die Wirtschaftslage war im verflochtenen Jahre der Arbeiterschaft nicht günstig. Zu Ende des Jahres war die Zahl der Erwerbslosen in unserem Bezirk in keinem Stufen begriffen. Die nachstehenden Zahlen geben den besten Aufschluß über den Umfang der Arbeitslosigkeit unserer Verbandskollegen in unserem Zahlstellengebiet. Die Zahl der erwerbslosen Verbandsmitglieder, die sich im Laufe des Jahres im Verbandsbureau zur Kontrolle meldeten, betrug 2875 männliche und 1394 weibliche, insgesamt 4279 Mitglieder. In unserem peritischen Arbeitsnachweis meldeten sich zur Arbeitsvermittlung 529 männliche und 1144 weibliche Personen. Davon ergaben allein auf die chemische Industrie 4036 männliche und 4639 weibliche Personen. Da Erwerbslosenunterstützung einsehl. Frankfurterleistungen wurde ausgezahlt: 102.066,30 Mk. gegen 72.385,40 Mk. im Jahre 1927.

wurde ein Mehr von 29 880,00 Mk. Außerdem wurde aus lokalen Mitteln und durch Sammlungen in den Betrieben zu Weismachten eine Sonderunterstützung an erwerbslose und invalide Mitglieder in der Höhe von 8658 Mk. ausgezahlt. Zum Zwecke der Bildung und Weiterbildung wurden von den Jugendlichen tätigen Kollegen 46 Wander-, 254 Betriebsbesuchsanstellungen und 35 Sitzungen mit Betriebsfunktionären abgehalten. Außerdem fanden noch 144 Wirtschaftskommunales statt. Als Neuerung auf diesem Gebiete kann die Anwendung von Film- und Lichtbild angesprochen werden. Diese Vorführungen erfreuten sich eines besonders regen Besuchs. Zum Zwecke der Werbung neuer Mitglieder wurden vor und in den Betrieben ca. 30 000 Flugblätter aufklärenden Inhaltes verteilt. In Abteilungs- und Delegiertenversammlungen wurde die Kleinarbeit gepflegt. Im allgemeinen war diese Kleinarbeit von Erfolg gekrönt. Allerdings mußte diese zielbewusste Arbeit und Aufklärungsarbeit größere Früchte zeigen. Ein Teil der Aufklärung verlor durch die Willkür der zur Macht stehenden kommunistischen Partei und deren gewerkschaftlichen Abteilungen. Der Mitgliederstand unserer Verwaltungsstelle entwickelte sich günstig. Die unausgesetzte Kleinarbeit, der sich unsere Funktionäre in den Betrieben unterzogen, brachte uns den Zugang von 1055 Mitgliedern. Aufgenommen wurden 2950 männliche und 208 weibliche, zusammen 4935 Mitglieder. Das ist ein Mehr von 1208 Aufnahmen gegenüber dem Vorjahre. Einschließlich der Zugeworbenen und von anderen Verbänden Übergetretenen beträgt der Zugang an männlichen 3200 und an weiblichen 2098, insgesamt 5298 Mitglieder. Demgegenüber ist ein Gesamtabgang von 4243 Mitgliedern zu verzeichnen. Um der Fluktuation zu begegnen, und um den Mitgliedern die Zahlung des erhöhten Beitrags vom 1. Januar 1929 an zu erleichtern, beschloß am 17. Dezember eine Vertreterversammlung die Einführung der achtstägigen Beitragskassierung. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß es mit der Jugendabteilung ein kräftiges Stück vorwärtsgegangen ist. Dieser Rückgang vorwärts ist zurückzuführen auf die Schaffung einer Jugendabteilung in Alfona. Um eine weitere größere Aktivität der Jugendlichen zu erzielen, sollen auch in den übrigen Stadtteilen Bezirksabteilungen errichtet werden. Die für die Kollegen geschickten Klagen waren in der Mehrzahl Lohn- und Ferienklagen sowie Klagen aus den §§ 84 und 96 des Betriebsrätegesetzes. Insgesamt wurden 35 Klagen anhängig gemacht, von denen vier Klagen vor der Berufungsinstanz ihre Erledigung fanden. Die von uns im verflochtenen Jahre selbständig eingeleiteten Lohnbewegungen fanden auf dem Wege der Verhandlung beziehungsweise durch Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen ihre Erledigung. Insgesamt wurden 40 Angriffsbewegungen durchgeführt. Durch die Bewegungen wurden erreicht 151 Firmen mit insgesamt 14 419 Beschäftigten, darunter 6529 Arbeiterinnen. Hiervon waren Mitglieder unseres Verbandes 4447 männliche und 2839 weibliche. In anderen Verbänden waren organisiert 1188 männliche und 206 weibliche. Die Zahl der an den Bewegungen beteiligten Personen ist im Verhältnis zum Vorjahre um 4672 Personen (19 091) geringer. Die erreichte Lohnsteigerung für Arbeiter schwankt zwischen 3 bis 25 Prozent. Im Durchschnitt gerechnet 7 Prozent. Das wöchentliche Einkommen steigerte sich um 1,44 bis 12 Mk., oder durchschnittlich um 3,36 Mk. Bei den Arbeiterinnen bewegte sich die Zulage pro Stunde zwischen 3 bis 8 Pf., im Durchschnitt beträgt sie 4 1/2 Pf. Die wöchentliche Steigerung schwankt zwischen 98 Pf. bis 3,84 Mk., durchschnittlich gerechnet 2,16 Mk. Bei drei Firmen konnte für 216 Beschäftigte eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen in der Höhe von 4 bis 25 Prozent erreicht werden. 213 Beschäftigte erreichten bei 7 Firmen eine Erhöhung des Schmutzgelbes von 2/3 auf 5 Prozent. Durch Abschluß von neuen Tarifverträgen wurde für 1108 Personen bei 9 Firmen eine Verlängerung der Urlaubstage von 6 auf 10 bzw. 12 Tage erreicht. Außerdem wird den Beschäftigten bei Betriebsunfällen die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn bis zu 4 Wochen gezahlt. Die Beitragsleistung hat sich im Berichtsjahr günstig entwickelt. Im Hinblick auf die Höhe des geleisteten Beitrags ist eine wesentliche Steigerung nach oben zu verzeichnen. Insgesamt sind 522 332 Mark an Beiträge eingezahlt, das ist ein Mehr von 78 811 Mark gegenüber 1927, wo der Gesamtbetrag 443 521 Mark betrug. Der Umsatz an Beitragsmarken beträgt im Berichtsjahr pro Mitglied 49,1 gegen 46,8 im Jahre 1927. Der Hauptumsatz wurden im Berichtsjahr unter Abzug aller Ausgaben für Unterhaltungen der Beitrag von 200 536,30 Mk. abwärts. Wenn man das Ergebnis des Jahres 1928 auch nicht voll befriedigt, so gehen wir in neuen Jahre unbedeutend weiter. Es herrscht Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne. Die kommenden Frühjahrslohnbewegungen stellen uns vor neue Aufgaben, die entweder auf dem Verhandlungswege oder durch Kampf zu lösen sind. Es gilt, die eigene Kraft der Macht des organisierten Unternehmertums entgegenzustellen! Vorwärts im neuen Jahre, auf unsere Lösung sein!

Krefeld. Am Sonntag, dem 20. Januar, tagte in den Reichshallen die Generalversammlung der Bezirksjahrstabelle Krefeld. Bei der feierlichen Saale eröffnete der Vorsitzende Kollege Küppers die Versammlung. Kollege Kufner gab den Geschäftsbericht.

Am Beginn des Jahres 1928 vergrößerte sich das Heer der Erwerbslosen, um dann mit Eintritt des Frühjahrshofes saisonbedingte Einflüsse allmählich abzunehmen. Wirtschaftspolitiker verlässliche nachweisen, daß die 1927 begonnene Konjunktur das Vertrauen überschritten habe. Trotz dieser Feststellungen gingen wir im Frühjahr 1928 in die Lohnkämpfe hinein, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Lebenshaltung der Arbeiter dringend der Verbesserung bedarf und außerdem, weil die Geschäftsabläufe der Unternehmen für die Angewiesenen ganz weisse Gewinne aufzeigten. Im Juli geklärt und auch innerlich gefestigt, so fand auch unsere Jahrestabelle mit Beginn des Jahres 1928 zum Kampfe bereit. Nach unserer Erfahrung zum Gegner nicht unbekannt gebildet war, rückte diesen zu Jugendkämpfen, die von den Arbeitserwerbslosen als anerkannter Bestandteil zu betrachten werden.

Die Erwerbslosen durch reize Tarifbewegungen für die in den uns zugehörigen Industrien Beschäftigten erkämpft werden konnte, beträgt sich bei 3000 Beschäftigten auf rund 850 000 Mark.

Für die Chemie wurde außerdem die Forderung durchgesetzt, die Arbeiter in gleichen Prozentsatz zu erhöhen wie die Stenographen. Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit und entsprechende Lohnausgleich wurde ebenfalls in der papiererzeugenden Industrie durchgesetzt.

Erlaubt für Jugendliche und Arbeitsbeschäftigten gemäß dem tatsächlichen Verdienste wurden in mehreren Tarifabschlüssen erreicht.

In Arbeitsnachrichten konnten 1226,91 Mark vorenthaltenen Arbeiterlöhne herausgeholt werden.

Es wurden im Verlaufe des Jahres 1928 an krankheit und arbeitslose Mitglieder 7107,85 Mark Unterhaltungen ausgezahlt. Die Krankheit und der Mitgliederbestand zeigen bis zum Jahresende eine erfreuliche und zu den besten Hoffnungen berechtigende Entwicklung.

Die Tarifmaßnahmen in den Betrieben und die damit verbundenen Forderungen der Gewerkschaften haben nicht vernachlässigt. Das Vertrauen zum Verbands zu erhalten.

Die Tarifabschlüsse trugen mit ihren Erfolgen dazu bei, mehrere Einflüsse zu beseitigen, aber auch unsere Verantwortung zu vermindern.

Eine ungenügende Arbeit ist von den Betriebsräten und Gewerkschaften unter Opfer, unter Entlassung auf Lebenszeit und heute erreicht worden. Dieser ungenügenden Aufsichtspflicht der Partei und die Anerkennung der gesamten Mitglieder.

Das Jahr 1929 weist keine Schatten vorans. Gegen wir dem geschäftlichen Erfolg des Monats der Arbeit gegenüber, kann werden wir auch im Jahre 1929 allen früheren Mächten zum Trotz durchhalten und bestehen können.

In der Wirtschaft sprechen die Kollegen Köster, Jander, Göttschmann, Pracht, Hermann und Haumann.

Im Schlußwort ging Kollege Kufner noch kurz auf die Aufgaben der Verwaltung ein. Die erste Disziplinierung

wurde wiedergewählt. Die von der Verwaltung vorgelegte und nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme.

Entschließung

Die Jahreshauptversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter nimmt mit Verfühlung Kenntnis von den Fortschritten, die in organisatorischer als auch in tariflicher Hinsicht erreicht worden sind. Allen daran beteiligten Funktionären des Verbandes wird die Anerkennung für die geleistete Mühewaltung und gebracht den Opfer angesprochen.

Die Versammelten erwarten, daß auch im Jahre 1929 ähnliche ablaufenden Tarife, sowie Voraussetzungen zum Erfolg vorliegen, gekündigt werden, da auch heute noch das Arbeitseinkommen der Arbeiterschaft bringend der Aufbesserung bedarf und andererseits feststeht, daß die in Frage kommenden Industrien durchaus in der Lage sind, Lohnsteigerungen tragen zu können. Die Fabrikarbeiter lehnen es ab, nur Opfer des technischen Fortschritts zu sein.

Die Versammelten geloben, auch weiterhin den Verband zu stärken, indem auch der letzte Mann im Betriebe ihm zugeführt wird, von der Erkenntnis ausgehend, daß nur einer gut organisierten, disziplinierten, kampfbereiten und aufrechten Arbeiterschaft Erfolg beschieden sein kann.

Marktschwärz. Wir brachten vor einigen Wochen in der „Oberfränkischen Volkszeitung“ unter der Überschrift „Schlingel der schwarze Mann geht um!“ eine Abhandlung, in der ein geplantes christliches Gewerkschaftstreffen besprochen wurde. Zum Schluß wurde an die Veranlassung der Arbeiterschaft in der Oberfränkischen Porzellanfabrik appelliert, sich dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen. Dies sollte einom Paul Hagen (dem Festrédner der christlichen Veranlassung) nicht. Er ließ im „Deutschen“ (Organ von Stogewald) eine Philippika gegen die roten Gewerkschaften los. Einige Stellen davon sollen im Interesse der Wahrheit nicht unbesprochen bleiben. Der Verfasser des genannten Artikels redet von einer „Beschränkung der Religion in nicht weitergehender Weise, in der sich die festsitzenden Brüder (gemeint sind SPD. und KPD.) einig seien.“ In Wirklichkeit ist aber das religiöse Empfinden anderer von uns niemals angegriffen worden. Herr Hagen suchte ja einmal bei den „Roten“ unterzukommen als Lehrling in der Bekämpfung und Ausrottung der „Schwarzen“. Dazu kam er allerdings nicht, denn Mitglieder, die keine Beiträge entrichten, können wir in der freien Gewerkschaft nicht gebrauchen. Einen weiteren großen Raum im „Deutschen“ nehmen Angriffe gegen den Geschäftsführer, Kollegen Lindner in Marktredwitz, im Zusammenhang mit inneren Differenzen in der Oberfränkischen Porzellanfabrik ein, die ein merkwürdiges Licht auf die Zustände in dieser Fabrik werfen. Wenn wirklich sich gegenwärtig die Verhältnisse dort etwas gebessert haben, so ist dies in erster Linie der freien Gewerkschaft mit Kollegen Lindner zu danken, daß endlich einmal die tariflichen Vereinbarungen besser beachtet werden. Wahr ist, daß der christliche Betriebsratsvorsitzende Hagen selbst den Antrag auf fristlose Entlassung des Brenners Krauß gestellt hat, weil dieser sich weigerte, einen heißen Ofen unmittelbar vor Arbeitsbeginn zu entleeren. Wahr ist auch, daß dann ein Christlicher sich dazu hergab, den fraglichen Ofen zu entleeren. Wo bleibt da die Sozialdemokratie? Wenn man dann weiter erzählt, daß die meisten Überstunden von den „Roten“ gemacht werden, so wird dies ein bezeichnendes Licht auf die Tätigkeit des Artikelstellers in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender. Diese Feststellung hindert ihn aber keineswegs, im gleichen Atemzuge ein Lobgedicht auf seine Person zu singen, indem Überstunden ohne seine Zustimmung nicht gemacht werden dürfen. Wo bleibt da die Konsequenz? Ein anderer Seitenblick auf Kollegen Lindner bezüglich eines gemachten Anspruchs in der Erregung, der sich darauf bezog, dem Firmeneinhaber der Fabrik auf andere Art und Weise Respekt vor den tariflichen Abmachungen beizubringen, verdient, hierhergehängt zu werden, inwiefern Herr Hagen zu damaliger Zeit, wo gerade er gelegentlich den roten Radikalismus mimte, wohl kaum gegenständlicher Meinung war.

München. Die Jahrestabelle hielt am Freitag, dem 21. Januar, im Gewerkschaftshaus ihre Jahresabschlussversammlung ab, die sehr gut besucht war. Die im Laufe des Jahres geforderten 66 Mitglieder wurden in der üblichen Weise geehrt. Kollege Ledner würdigte in seinem Geschäftsbericht in großen Umrissen die wichtigsten wirtschaftspolitischen Begebenheiten des Vorjahres, verwies auf den im Vorjahre stattgefundenen Verbandstag und die dort gefassten Beschlüsse, insbesondere auf die Einführung der Invaliden-Unterstützung. Lohnbewegungen sind in allen uns zugehörigen Industrien und Betrieben mit Erfolg durchgeführt worden, mit Ausnahme der Firma Kupfer. Die dabei erzielten Lohnsteigerungen bewegten sich bei den Männern zwischen 3 und 8 Prozent bei den Frauen zwischen 2 und 5 Prozent. Nachdem der Redner die Abschlüsse im einzelnen aufgezählt hatte, wandte er sich der Tätigkeit am Arbeitsgericht zu. Die Fälle, die dort zu vertreten waren, waren ziemlich zahlreich. Vorwiegend handelte es sich um Einspruchsklagen, Lohn- und Urlaubsentgeltklagen und Klagen wegen ungezügelter Betriebsstilllegungen. Die Bedeutung dieser Tätigkeit kommt am besten in den Erfolgen zum Ausdruck. Wir konnten dadurch im Berichtsjahr den Betrag von 10 253,20 Mk. für unsere Mitglieder herausholen. Im vergangenen Jahre hat die Jahrestabelle zum erstenmal ihre 20. und mehr Jahre organisierten Kolleginnen und Kollegen durch eine Feier geehrt. Vertreter, Mitglieder, Bezirks- und Branchenversammlungen haben 174 stattgefunden. Außerdem wurden noch 11 Sitzungen der Disziplinierung und 35 sonstige Sitzungen abgehalten. Verhandlungen mit Arbeitgeber und im Schlichtungsausschuss fanden in 83 Fällen statt. Die Zahl der Termine am Arbeitsgericht betrug 37. Wir haben im vergangenen Jahr 1520 Reklamationen zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand am Jahresende war 2770 männliche und 2730 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen der Hauptkassette betragen im vergangenen Jahr 209 864,50 Mk. Unterhaltungen wurden ausgezahlt an Kranke 49 905,10 Mk., an Arbeitslose 17 984,50 Mk., Sterbegeld 4516 Mk., Urlaubsgeld 894,50 Mk. Der Hauptkassette wurden 71 937,02 Mk. überwiegen. In der Lokalkassette betragen die Einnahmen 74 238,61 Mk., die Ausgaben 56 352,93 Mk., der Kassenergebnis beträgt somit am Jahresende 17 885,68 Mk. In der Aussprache wurde am Geschäftsbericht keinerlei Kritik geübt. Einnahme Redner erbat um die Tätigkeit der Verwaltung an der Arbeit auf Entlassung wurde einstimmig angenommen. Die Reue des Arbeitsrates ergab die Wiederwahl sämtlicher Aufsichtsstellen mit Ausnahme des Kollegen Weinisch, wegen Verursachung und des Kollegen Jög, der infolge Besuchs der Wirtschaftsstätte längere Zeit abwesend ist. In Stelle der beiden wurde die Kollegin Frauendörfer gewählt. Der Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß unsere Jahrestabelle frei ist von politischem Streit, und am 10. Februar kann auch im kommenden Jahre für den Ausbau und die Festlegung unserer Organisation gearbeitet werden.

Epeyer. Am Sonntag, dem 20. Januar, hielt die Jahrestabelle im Heim des freien Arbeiterklubs Epeyer ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem Vortrag des Kollegen W. Pracht ehrte die Versammlung die im Laufe des Jahres geforderten vier Kollegen und eine Kollegin. Hierauf gab der Geschäftsführer, Kollege Schwarz, den Jahres- und Kassenericht. Derselbe gab in großen Umrissen einen Überblick über das abgelaufene Jahr und über die Wirtschaftslage. Die Geschäftslage war zu Beginn des Jahres eine gute, hat sich aber im Laufe des Jahres immer mehr verschlechtert. Die meisten Betriebe haben am Ende des Jahres ihre Arbeiterzahl ganz erheblich vermindert, während die Fingelindustrie vollständig stillgelegt. Aus dem Kassenericht geht hervor, daß die Kassenergebnisse in besserer Ordnung sind, was durch die Revisoren bestätigt wird. Dem Vorstand und der Geschäftsführung wird darauf Ent-

lassung erteilt. Es herrscht volle Einigkeit zwischen Vorstand und Mitgliederschaft, ein Beweis, daß der Kommunistenplan in der Jahrestabelle eingestrichen ist. Die bisherige Verwaltung wurde wiedergewählt. An Stelle des Schriftführers, der in einem anderen Verband übergetreten ist, wurde der Kollege Georg Ulrich gewählt. Dann gab der Kollege Schwarz den Kassenericht, welcher eine größere Diskussion auslöste, und zwar infolge der Vorherrschaft im Kartell mit den Lindorferwerken. Schwarz gab hierüber Aufschluß. Nach Annahme eines Antrages, eine Lokalkassette einzuführen, und nach dem der Geschäftsführer die Kollegen ermahnt hatte, auch im laufenden Jahre mitzuhelfen zum weiteren Ausbau der Jahrestabelle, schloß der Vorsitzende Brecht die gutverlaufene Versammlung.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Christliche Logik?

Ob es eine christliche Logik gibt? Es scheint so, und wenn ja, dann ist sie unlogisch, d. h. sie ist keine Logik. Beweis: Im „Proletarier“ Nr. 3 vom 19. Januar 1929 erschien auf der ersten Seite des Beiblattes als „Erlage“ ein Zitat aus einem Brief des bayerischen Königs Ludwig II. an den Kronprinzen Rudolf von Österreich. König Ludwig brachte in diesem Brief mit Datum vom 9. März 1878 seine Übereinstimmung mit dem Österreich in der Verdinglichung der Religion zum Ausdruck. Die Feststellung der Religionsfremdschicklichkeit der beiden Völkern genügt der christlichen „Gewerkschaftstimm“ Nr. 3 vom 2. Februar 1929, um die Behauptung zu wagen, der „Proletarier“ wolle seine Leser mit dem Glauben an diesen Ausspruch erfüllen. Diese Praxis ist weder logisch noch christlich. Die damalige Ansicht des bayerischen Königs ist veraltet, sagt die „Gewerkschaftstimm“. Wieso? Das könnte doch nur Ludwig II. selbst feststellen, aber nicht die „Gewerkschaftstimm“. Bei der christlichen „Gewerkschaftstimm“ veraltet doch sonst nichts. Sie selbst holt die ältesten Lohndokumente hervor, wenn es gilt, den Mitgliedern Märchen zu erzählen von der Religionsfremdschicklichkeit der freien Gewerkschaften. Was der Großvater des Onkels eines Helfschaffers eines Vorläufers einer gewerkschaftlichen Organisation vor einigen Menschennestern gekostet oder geschrieben hat, das muß als Beweis herhalten. Also, bald so, bald anders, wie es gerade zum Zweck paßt, der das Mittel heiligt.

Literarisches.

„Löhne und Konjunktur in Amerika.“ Von Jürgen Kuczynski, Statistiker der American Federation of Labor, Verlag der Finanzpolitischen Korrespondenz, Berlin-Schlachtenlee, Terrassenstraße 17. (Preis 3 Mk.) Jürgen Kuczynski, der Sohn des bekannten Volkswirtschaftlers und Statistikers R. Kuczynski, dem wir u. a. das Werk „Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870 bis 1909“ verdanken, arbeitet als Statistiker beim amerikanischen Gewerkschaftsbund. In dieser Eigenschaft untersucht er die Entwicklung der Reallohne in den Vereinigten Staaten. Dabei zeigt es sich, daß die Lohnkosten in Amerika trotz ihrer gewaltigen Steigerung im Verhältnis zu den Gesamtkosten der Produktion seit 1890 wenig geschwankt haben, und daß im letzten Jahrzehnt der Lohnanteil an den Gesamtkosten der Produktion sinkende Tendenz zeigt. Weitere Untersuchungen beschäftigen sich mit den Schwankungen der Kaufkraft des Lohnes in Zeiten der Hochkonjunktur und der Krisen, mit den Löhnen der „Starken“ und „Schwachen“ und mit der neuen Lohnpolitik der amerikanischen Gewerkschaften, die darauf abzielt, den Reallohn der Arbeiterschaft entsprechend der gestiegenen Produktivität zu erhöhen, weil sonst „soziale Ungerechtigkeit, wirtschaftliche Unruhe und Unzufriedenheit steigen müssen“. Im Schlußkapitel wird auch festgestellt, daß diese neue Lohnpolitik der amerikanischen Gewerkschaften weit entfernt davon ist, eine Annäherung an den Sozialismus zu sein. Das Buch legt Zeugnis ab von den Bemühungen der amerikanischen Gewerkschaften, die Hilfe der Wissenschaft zur Unterstützung ihrer Politik heranzuziehen. Es bringt sehr gute Informationen über die amerikanischen Löhne. Wir können es insbesondere unseren Funktionären, die sich mit lohnpolitischen Fragen beschäftigen, auf das wärmste empfehlen. G. R.

Das Februarheft der Zeitschrift „Der Bäckerkreis“ ist dem „Russischen Geist“ in Wort und Bild gewidmet. Der vorzügliche Bilderschmuck des Heftes bringt neben Zeichnungen junger russischer Künstler eine wirkungsvolle graphische Arbeit „Kornstraße“ von Heinrich Vogeler, dem Führer der „Korn“-weder Künstlergruppe. Im literarischen Teile finden wir u. a. einen anschaulichen Aufsatz „Quer durch die russische Literatur“ von Wera Friede. Eine groteske Erzählung „Der Menschenfresser“ aus dem Roman „Der Biob“ von Dostojewski repräsentiert das ältere russische Schrifttum. Die bekannte Revolutionärin Ber. Figner erzählt eine Episode aus den heroischen Kämpfen des russischen Proletariats gegen den Zarismus. Der Bürgerkrieg und das Antlitz des neuen Russlands spiegeln sich wider in der kleinen Erzählung des bolschewistischen Erzählers Wjemosol Iwanow. Ferner enthält das Heft Mitteilungen über die drei Neuerwerbungen des „Bäckerkreises“ für das erste Vierteljahr 1929. Der Beitritt zur Buchgemeinschaft „Der Bäckerkreis“ kann unseren Lesern nur dringend empfohlen werden. Für den Mitgliedsbeitrag von monatlich 1 Mark gibt es außer der Monatschrift vierteljährlich bei freier Auswahl ein Buch. Wer vier Quartalsbände bezogen hat, erhält noch als Treuerläufe ein fünftes Buch zum Preise von 1 Mk. statt 3 Mk. Der Beitritt kann jederzeit bei jeder Volksbuchhandlung oder direkt bei der Hauptgeschäftsstelle „Der Bäckerkreis“, G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6, erfolgen.

Bücher des Werdbenden, Band V: Dr. Friedrich Wittels, „Die Welt ohne Juchthaus“. 266 Seiten, broschiert 5 Mk., Leinen 7 Mk. Wittels will in diesem Buch die Menschheit überzeugen, daß es besser, klüger, menschlischer ist, vorzubringen, als einen entstandenen Schaden zu beseitigen. Von diesem Standpunkt sieht er das Problem der Mordtaten, der gesellschaftsschädlichen Menschen. Er will die Verbrecher nicht strafen, sondern hellen Wittels ist Arzt. Im Kopf also das Heilen höher. Er wird hier zum Arzt an der Gesellschaft, der den akuten Ausbruch der Krankheit „Verbrechen“ verhindern möchte. Er schrieb ein Buch, das manchen nachdenklich vermindern wird, den einen oder anderen sogar zu nachsichtbaren Erkenntnis bringen kann. Trotzdem viel Kritik an bestehenden Einrichtungen geht wird, fühlt man den Willen zum Aufbauen heraus, und Wittels Glaube an eine Welt ohne Juchthaus“ gibt dem Buch einen verführenden, lichtvollen, befriedigenden Ausblick. Das Buch erscheint im Hippokraties-Verlag, G. m. b. H., Stuttgart, Holzgartenstraße 7.

„Das Leben hinein“, ein Jugendweiche-Sprechspiel von Max Barthel, mit Jugendweiche von Max Westphal. Preis 0,90 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6. Der Arbeiterjugend-Verlag erweitert durch dieses Werk erfolgreich die Reihe seiner „Sprechspiele“. Es ist durch seinen Inhalt besonders für Jugendweiche, aber auch für andere Feler geeignet. Das Buch ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.